Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Text. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1645, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1065 48 Fritz Kroh Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Dienstag, den 11. August 1925** | **5. Jahrgang • Nr. 172**

Weimarer Polizeiknüppel gegen kommunistische Zolloppposition!

Schluß mit dem Reichsbanner!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 11. August.

Bei der rücksichtslosen Durchpeitschung der Zollvorlage in zweiter Lesung im Reichstag ließ der deutschnationale Reichstagspräsident Gräf unter Bruch der Verfassung und der Geschäftsordnung fünf kommunistische Reichstagsabgeordnete durch Polizeigewalt entfernen. Wegen eines einfachen Zwischenrufes wurde zunächst Genosse Schütz ausgeschlossen und, weil er sich dieser diktatorischen Maßnahme nicht fügte, durch Polizeigewalt aus dem Reichstag entfernt. Ein Kriminalbeamter stieß ihn dabei mit dem Fuß in den Rücken, ein anderer forderte seinen Kollegen auf, fester zuzupacken und Genosse Schütz wurde daraufhin an den Händen geknebelt, so daß der Arzt mehrere Fleischquetschungen an den Armen feststellen konnte. Als die Türen zum Sitzungssaal zugemacht und Genosse Schütz sich mit den Beamten hinter derselben befand, setzten sofort weitere Mißhandlungen ein. Er wurde auf Kopf und Rücken geschlagen, außerdem wurde er bis an die Portaltreppe mit Fußtritten traktiert. Besonders angestachelt wurden die Beamten noch dadurch, daß sich hinter dem Plenarsaal Abgeordnete der Rechten und Regierungsvertreter aufgestellt hatten, die den Beamten fortgesetzt zuriefen: „Immer feste drauf. Haut ihn, das ganze Gesindel müßte man an die Wand stellen. Packt nur richtig zu. Die Bande verdients nicht anders." Nach stürmischen Szenen im Reichstagsplenum wurden unter nichtigen Vorwänden die Genossen Torgler, Geschke, Münzenberg und Reddermeier auf 20 Sitzungstage ausgeschlossen und mit Polizeigewalt entfernt. Der Ausschluß Reddermeiers konnte jedoch nicht aufrechterhalten werden, ebensowenig wie der erfolgte Ausschluß des Genossen Kreutzburg, der sich in Hamburg befindet. Es handelt sich klar um einen verabredeten Plan, die ganze kommunistische Reichstagsfraktion zu entfernen, um die Zölle unter Dach und Fach zu bringen. Vizepräsident Gräf hat selbst offen angedroht, die ganze kommunistische Fraktion herauswerfen zu lassen. Die sozialdemokratische Fraktion verhielt sich im großen und ganzen passiv, ja, die Müller und Hilferding unterstützten die diktatorischen Gewaltmaßnahmen des Junkerpräsidenten, über die ein Teil der SPD.-Abgeordneten entrüstet war.

Die Zollgesetze in zweiter Lesung angenommen!

Nach 10 Uhr abends wurde von der Zollwuchermehrheit beantragt, über alle Abänderungsanträge zu den Paragraphen 1 bis 7 des Zollgesetzes zur Tagesordnung überzugehen und die in den Ausschuß-Sitzungen gefaßten Beschlüsse in einer en-bloc-Abstimmung anzunehmen. Auf diese Ungeheuerlichkeit hin gaben die KPD. und SPD. Protesterklärungen ab und verließen demonstrativ den Saal, die Kommunisten unter dem Rufe: „Nieder mit der Zollwuchermehrheit!" Selbst die Demokraten, die sich in den letzten Tagen zu der Zollwuchermehrheit geschlagen hatten, halten es für unzweckmäßig, sich durch die Beteiligung an einer solchen Vergewaltigung des letzten Restes von Demokratie zu kompromittieren und beteiligten sich, ebenso wie einige Zentrumsleute, nicht an der Abstimmung. Von der Regierungspartei allein wurde alsdann das Zollgesetz in zweiter Lesung angenommen.

Erklärung der kommunistischen Reichstagsfraktion

Zu der Durchführung der zweiten Lesung gab Genosse Koenen im Reichstag folgende Erklärung ab:

Der Vergewaltigungsantrag ist ein heimtückischer bewußter Ueberfall der Zollwuchermehrheit gegen die Amnestie. Mit dieser Vergewaltigung ist zweierlei Recht aufgerichtet, zweierlei Recht, zu dem auch der Polizeiknüppel gegen die Opposition gehört. Im Sinne der Polizeifaust und des Schlagringes, die heute früh gegen links gewütet haben, liegt die Vergewaltigungsmethode, die jetzt gegen uns angewendet wird, um eine halbe Woche früher in die Bäder zu kommen und von den Erträgnissen am Volkskörper um eine halbe Woche früher das Leben genießen und prassen zu können. Indessen sollen die Interessen der Arbeiter rücksichtslos niedergetrampelt werden. Die Notlage, die man den arbeitenden Massen aufhalst, geht die Mehrheit hier nichts an. Nach Steuerraub und Aufwertungsschwindel will man jetzt noch den Zollwucher mit Gewalt unter Dach und Fach bringen. Wir fragen deshalb den Reichsbannerkamerad Marx, was er zu einer solchen Vergewaltigung sagt. Soll das das Geschenk sein für die 800 000, die sich angeblich gestern auf den Treptower Wiesen versammelt hatten? Wenn bei dieser Politik, bei der sie den letzten Rest von Blut und Kraft aus den Arbeitermassen herausquetschen, eine Massenerhebung wird, dann soll man nicht über Aufruhr schreiben. Die Bourgeoisie hat vergewaltigt. Darauf wird mit Vergewaltigung geantwortet werden. Sie werden sich nicht darüber beschweren können, wenn die Arbeiterschaft mit ähnlicher Waffe gegen eine unerhört brutale, gemeine, selbstsüchtige Geldsackmehrheit vorgehen wird.

*

Der Polizeiknüppel waltet seines Amtes. **Er schützt die Zollräuber vor der Obstruktion der proletarischen Vertreter.** Das Zentrum gibt offen seinen Segen dazu. Demokraten und Sozialdemokraten begnügen sich mit schwächlichem Protest, **mißbilligen** aber ausdrücklich die Haltung der Kommunisten, die allein einen rücksichtslosen Kampf gegen den Zollraub führen. **So war die Annahme der Wuchergesetze in zweiter Lesung möglich — die dritte soll morgen folgen.**

Vizepräsident Gräf erklärt, daß er **„nicht davor zurückschrecken werde, unter Umständen die ganze kommunistische Fraktion auszuweisen.**

Das ist der Plan der Zollräuber und ihrer Hausknechte — und es ist sehr wohl denkbar, daß er, dank der Schlappheit der schwarzrotgoldenen „Opposition" auch wirklich **durchgeführt** wird. Die Arbeiter müssen mit dem **Mißerfolg des parlamentarischen** Kampfes gegen den Zollwucher rechnen.

Die **Schuld** an dieser Lage fällt voll und ganz auf die Reformisten, vor allem auf die **Führer des ADGB.**, die nichts getan haben, um durch **außerparlamentarischen** Kampf gegen den Zollwucher der parlamentarischen Obstruktion der Kommunisten den nötigen Rückhalt zu geben. Die zahlenmäßig schwache parlamentarische Obstruktion der Kommunisten ist **allein nicht** imstande, die Wucherzölle abzuwehren. Sie kann nur **Zeit gewinnen** helfen. Diese gewonnene Zeit hat aber der ADGB.-Vorstand **nicht** ausgenutzt. Die kommunistische **parlamentarische** Obstruktion kann bei der Passivität der SPD.-Fraktion von einer diktatorisch vorgehenden Mehrheit **niedergetrampelt** werden, wenn nicht draußen die Arbeitermassen auf das bürgerliche Parlament einen **solchen Druck** ausüben, der es zwingt, diese Gewaltmethoden zu unterlassen. Und diesen Druck zu organisieren, hat der ADGB. **versäumt.**

Ebenso sind aber auch die **sozialdemokratischen** Abgeordneten für die heutige Lage verantwortlich, die — mit milden **Protesterklärungen** — beim Hinauswurf der Kommunisten zusehen. Dieser Vorwurf gilt **ganz besonders den „Linken"**, die die Klappe **sehr** weit aufgerissen und von „Sympathie mit den Kommunisten" gefaselt haben, in der **Praxis** aber nur den Schutzwall der Hermann Müller und Konsorten abgaben. Durch ihr **Schweigen** auf alle unsere Angebote, durch ihre passive Duldung der schlimmsten Vergewaltigung unserer Abgeordneten haben sie **wieder einmal** den Beweis erbracht, daß die Sozialdemokratie **aller „Richtungen"** nur dazu da ist, der Bourgeoisie — unter verschiedenartigen Phrasen — **Helfersdienste** zu leisten.

Die Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften müssen jetzt aus dem **ersten** Stadium des Zollkampfes, das seinem Ende zuneigt, die **Lehren** ziehen. **Ist der Zollraub im Parlament angenommen, so geht der außerparlamentarische Kampf erst recht los: zunächst zur Erzwingung des Volksentscheids, dann, wenn das nicht gelingt, zur Anpassung der Löhne an die Zollteuerung.**

Dieser außerparlamentarische Kampf kann aber **nicht** geführt werden im Zeichen der Koalitionspolitik mit den Zollräubern und ihren Helfershelfern, sondern nur im Zeichen der roten Klassenfront.

Darum gilt es, die Voraussetzungen für den Kampf zu schaffen und das **Bündnis eines Teiles des Proletariats mit Pfaffen und Großkapitalisten endgültig zu zerstören.** Nachdem die Reichsbannerparteien offen oder versteckt die Zollräuber unterstützen, muß es jeder Arbeiter einsehen:

Nur über die Trümmer des Reichsbanners kann die rote Abwehrfront gegen Zollwucher und Unternehmeroffensive vormarschieren!

Nehmt in den Gewerkschaften und Betrieben sowie in allen Arbeiterorganisationen dazu Stellung!

Klärt Eure noch im Reichsbanner befindlichen Kollegen über die Sinnwidrigkeit und Arbeiterfeindlichkeit ihres Verhaltens auf und schließt sie, wenn das nicht gelingt, aus allen proletarischen Organisationen aus!

Die Gewerkschaften müssen Beschlüsse fassen, wonach die Zugehörigkeit zum Reichsbanner mit den Pflichten eines Gewerkschafters **ebensowenig** vereinbar ist, wie die zum Stahlhelm, Wehrwolf oder anderen **offen** die Zollräuber unterstützenden Organisationen.

Die Betriebsarbeiter müssen alle diejenigen, die trotz gründlicher Aufklärung nicht aus dem Reichsbanner austreten wollen, so behandeln, wie alle anderen Gelben.

Bahn frei für die proletarische Klassenfront!

Geht diese Gewalt vom Volke aus?

Eine Frage an alle Proleten, die noch im Reichsbanner sind

„Alle Gewalt geht vom Volke aus."
(Aus dem Art. 1 der Weimarer Verfassung.)

Halle, 11. August.

Vorgestern hat das Reichsbanner alle Republikaner aufgerufen, für diese Verfassung zu demonstrieren. An dem gesunden Sinne des mitteldeutschen Proletariats haben die Veranstalter einen kläglichen Reinfall erlebt: 5000 Mann — das war die ganze machtvolle Demonstration für die Republik, die sie ausgebracht haben. Wenn das der ganze Anhang der Republik in Mitteldeutschland ist, dann ist es um die Weimarer Verfassung nicht gut bestellt. Der „Vorwärts" vom Sonntag schreibt zwar: „Solange das Reichsbanner besteht, entspricht auch die Weimarer Verfassung den tatsächlichen Machtverhältnissen." **Uns** will es scheinen, daß **dieses** Reichsbanner kaum genügen würde, jener herrlichen Verfassung den nötigen Rückhalt zu verleihen, wenn nicht eben noch die weiße und schwarze Reichswehr, die Schupo, der Stahlhelm und verschiedene andere Organisationen da wären, die sich alle dasselbe Ziel gesetzt haben: Niederhaltung der werktätigen Massen.

Und zur Verteidigung **wenigstens dieser Republik gegen die monarchistische Gefahr — dazu** sind die Reichsbannerparteien, unter deren Schutz die weißgardistischen Organisationen **aufgepäppelt wurden, genau so wenig geeignet** wie ihre Schützlinge, die Monarchisten selbst.

Aber immerhin, es waren 5000 Mann. Im ganzen Reich werden es sogar einige Hunderttausend gewesen sein, wenn man von den Reichsbannerlügen das Nötige abstreicht. (Die Berliner Kundgebung wird zum Beispiel vom „Volksblatt" auf 2 bis 3 Millionen, von der ebenso republikanischen „Vossischen Zeitung" auf 150 000 geschätzt). Und die große Mehrzahl von diesen Tausenden **waren Hand- und Kopfarbeiter, Proletarier,** die gegen ihre eigenen Interessen demonstriert haben. Und es ist um **jeden einzelnen Proletarier schade,** der sich auf einen falschen Weg verleiten läßt.

Und darum richten wir an jeden einzelnen Arbeiter, der heute noch im Reichsbanner ist, der für die Interessen seiner Klasse einzutreten zu können glaubt, die Frage:

Ihr habt am Sonntag demonstriert für Eure Verfassung. Ihr glaubtet, dafür zu demonstrieren, daß der Wille der breiten Volksmassen entscheidend ist und daß die Staatsgewalt nur angewendet werden soll gegen diejenigen, die aus eigensüchtigen Gründen der Mehrheit ihren Willen aufzuzwingen suchen. Nun, was war das am Montag?

Ist die Gewalt, die am Montag gegen die kommunistischen Abgeordneten angewendet wurde, vom Volke ausgegangen?

Waren die Kriminalbeamten und Schupoleute, die unter Oberkommando des deutschnationalen Vizepräsidenten die kommunistischen Abgeordneten herausschleppten, damit der Zollwucher ungestört Gesetz werden kann, die **Vollstrecker des Volkswillens?** Und waren die kommunistischen Abgeordneten, die **allein** geschlossen gegen den Zollwucher standen, waren **sie etwa** diejenigen, die den werktätigen Massen den Willen einer kleinen Minderheit aufzwingen wollten? **Nein, es war umgekehrt.**

Jeder Arbeiter weiß, daß die obstruierenden Kommunisten die **wahren** Vertreter des Willens des deutschen Volkes waren, und die Polizisten, die **in vollkommen gesetzmäßiger Weise,** auf Grund der Weimarer Verfassung, den Anweisungen des Präsidenten folgten, **die Exekutivorgane, eine Räuberbande,** die aus dem werktätigen Volk jährlich 1500 Millionen Zolltribut herausholen will. **Und jeder** Arbeiter muß sich fragen, welchen Wert unter diesen Umständen der Schutz dieser Verfassung für ihn hat, die nur dazu dient, die Gewaltstreiche der Junker und Großkapitalisten zu sanktionieren. Ihr sollt nicht sagen, daß es ein **Mißbrauch** der Verfassung gewesen ist. **Nein, es war vollkommen gesetzmäßig.** Der Schlagring und der Gummiknüppel der Polizeibeamten, die Genossen Schütz **verletzten, das war der Geist von Weimar,** das war die **richtige** Anwendung der Verfassung, die geschaffen ist, unter dem Schutze von **Noskes weißen Garden, die besiegelt** ist mit dem Blut von 15 000 Arbeitern, die im Namen dieser Verfassung erschlagen wurden. **Wer für die Verfassung von Weimar demonstriert, der demonstriert für die Diktatur der Bourgeoisie: Gestern für Noskes Massenmorde, heute für den Zollwucher, morgen für das Hintreiben der Arbeitermassen auf die Schlachtbank eines neuen Weltkrieges.**

Selbstverständlich muß man dagegen auftreten, daß diese Verfassung **von den Monarchisten noch weiter verschlechtert wird. Und** wir Kommunisten sind stets in der **vordersten Linie des wirklichen** Kampfes gegen die monarchistische Gefahr gestanden. Aber die **Arbeiter,** die im **Reichsbanner sind, müssen sich fragen: Hat es einen Sinn, gemeinsam mit den Koalitionsbrüdern der Schwarzweißroten für die Verfassung zu demonstrieren?** Ist das eine **Abwehr** der monarchistischen Gefahr? Oder ist es nicht viel mehr **eine einfache Demonstration für den Gebrauch der Weimarer Verfassung durch die deutsche Bourgeoisie?**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250811-11/fragment/page=0001

Mancher Arbeiter wird sagen: Wir wissen, daß dies alles richtig ist, wir wissen, daß diese Verfassung sehr gut geeignet ist, als Mittel zur Niederhaltung der Arbeiterklasse zu dienen. Aber wir treten im Reichsbanner eben dafür ein, daß sie nicht in dieser Weise angewandt wird, sondern in einem anderen, demokratischen, sozialen Sinne.

Und diese Arbeiter müssen sich nun fragen: Hat es einen Sinn, dafür einzutreten, daß Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum gemeinsam die deutsche Republik regieren? Würde in diesem Fall die Anwendung der Weimarer Verfassung für die deutschen Arbeiter um ein Haar zuträglicher sein wie heute?

Sehen wir uns doch die schwarzrotgoldenen Herren an!

Das Zentrum ist offen für den Zollwucher. Seine Vertreter werden im Reichstag von den Schwarzweißroten als Redner vorgeschickt. Die Zentrumsabgeordneten stimmen geschlossen für jede Vergewaltigung der Opposition, für den Hinauswurf der kommunistischen Abgeordneten.

Was soll von diesen Leuten Gutes kommen? Nehmen wir an, es wäre dem Reichsbanner gelungen, seinen Präsidentschaftskandidaten Marx durchzusetzen: Glaubt irgendein Reichsbanner-Arbeiter, daß dieser Herr, der das Zollkompromiß mit den Schwarzweißroten mitunterschrieben hat, um ein Haar anders handeln würde als Hindenburg an seiner Stelle? Offenbar nicht. Wir Kommunisten bedauern, daß Herr Hindenburg und nicht Herr Marx auf dem Stuhle sitzt. Aber wir bedauern es nicht aus dem Grunde, weil wir von Marx etwas Besseres für die Arbeiterklasse erwarten. Wir tun es nur darum, weil, wenn Herr Marx oben auf dem Stuhle säße, und das tun würde, was heute Hindenburg treibt, den Arbeitern die Schuppen noch viel schneller von den Augen fallen würden.

Nehmen wir die Demokraten. Sie stimmen gegen alle Zollanträge, aber sie unterstützen sie praktisch durch ihr Verweilen im Sitzungssaal.

Auch der „Vorwärts" muß anerkennen, daß die Beschlußfähigkeit und dadurch die Verhandlungsfähigkeit des Parlamentes nur durch die Anwesenheit der Demokraten ermöglicht wird. Aber er zieht keinerlei Konsequenzen daraus. Er sagt nicht, was mit den Demokraten im Reichsbanner geschehen soll. Ja, er lehnt nicht einmal das Zusammengehen mit dem Zentrum ab. Die SPD. duldet es, daß die Zentrumsredner, die Vertreter der Zollräuber, auf den von ihr beherrschten Kundgebungen sprechen und spendet ihnen noch Beifall, wenn sie von der Verfassung schwafeln — nämlich von den Schlagringen und Gummiknüppeln der Polizeibeamten, die die kommunistische Zollopposition aus dem Saale werfen.

Und die Opposition der Sozialdemokraten selbst? Tausendmal haben sie betont, daß sie keine Obstruktion machen wollen. Erst nach langem, geduldigen Hinwarten sind sie soweit gegangen, die kommunistischen Versuche zur Anzweifelung der Beschlußfähigkeit des Reichstages zu unterstützen. Aber bis heute rücken sie von der konsequenten Obstruktion der Kommunisten ab, verhöhnen sie als unnütze Kraftvergeudung und wagen es nicht, offen mit Hermann Müller, dem Agenten Hindenburgs, Schluß zu machen.

Das sind Tatsachen, die niemand bestreiten kann, die jeder Arbeiter im Reichsbanner verstehen muß. Aber er darf sie nicht nur mit dem Munde anerkennen, er muß auch die Konsequenzen ziehen, muß einsehen, daß die Reichsbannerpolitik ein untaugliches Mittel zur Vertretung der Arbeiterinteressen ist und daß nur durch eine entschlossene proletarische Klassenpolitik dem Ansturm der Ausbeuter Widerstand geleistet werden kann. Und das bedeutet praktisch:

Zerschlagung der Reichsbannerorganisation, die nur einen Schutzwall der monarchistischen Zollräuber darstellt.

Jeder Arbeiter, der die Richtigkeit des oben Gesagten anerkennt, muß zuallererst dafür eintreten, daß aus seiner Reichsbannergruppe alle Angehörigen der demokratischen und Zentrumspartei, sowie alle jene, die das Verhalten Hermann Müllers billigen, als Arbeiterverräter ausgeschlossen werden, und daß sich der proletarische Stamm der Gruppe geschlossen der roten Klassenfront anschließt, wie es in den letzten Tagen schon an einigen Orten geschehen ist.

Wenn das nicht durchzusetzen ist, wenn die übrigen Mitglieder des Reichsbanners sich nicht zu einem solchen Schritte entschließen können, so beweisen sie damit nur, daß sie Stahlhelmer mit veränderter Kokarde, Bundesgenossen der Zollräuber und der schwarzweißroten Monarchisten sind. Jeder Arbeiter, der sich nicht selbst als Arbeiterverräter brandmarken und von seinen Kollegen entsprechend behandeln lassen will, hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, aus einer solchen Reichsbannergruppe unter Mitziehung von möglichst vielen Kameraden auszutreten und sich dem Roten Frontkämpfer-Bund anzuschließen.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft Mitteldeutschlands hat lange genug auf die geistige Verblendung und Irreführung der im Reichsbanner organisierten Kollegen Rücksicht genommen und sie als mißleitete Klassengenossen behandelt. Jetzt ist das nicht mehr möglich. Angesichts des Zollwuchers muß jeder denkende Mensch einsehen, um was es sich handelt:

Mit den Arbeitern oder mit den Zollwucherern — diesseits oder jenseits der Barrikade — ein drittes gibt es nicht!

Die Mißhandlungen des Genossen Schütz durch die Kriminalbeamten

(TU.) Berlin, 11. August.

Der kommunistische Abgeordnete Schütz, der gestern aus dem Reichstagssitzungssaal ausgewiesen wurde, hat dagegen beim Präsidium Beschwerde erhoben. Er führt aus, ein Kriminalbeamter habe ihn schon im Sitzungssaale in den Rücken gestoßen. Er sei dann an den Händen geknebelt und außerhalb des Sitzungssaales von dem Beamten mehrmals auf Kopf und Rücken geschlagen und mit dem Fuße gestoßen worden. Abgeordnete und Regierungsvertreter hätten den Beamten zugerufen: „Immer feste druff! Haut ihn!" Der Abgeordnete Schütz fordert vom Präsidenten die sofortige Einleitung eines Verfahrens gegen die schuldigen Beamten.

Die Mehrheit im Aeltestenrat spricht Gräf heilig

(TU.) Berlin, 11. August.

In der mehr als zweistündigen Sitzung beschäftigte sich der Aeltestenrat des Reichstages mit den Vorkommnissen zu Beginn der Montagssitzung. Die Mehrheit des Aeltestenrates vertrat den Standpunkt des Vizepräsidenten Gräf, der korrekt aufgetreten sei und richtig gehandelt habe. Er hätte bei der Situation nicht anders handeln können. Es sei ihm allerdings bei einem Abgeordneten ein Irrtum unterlaufen, der aber bei dem großen Lärm als erklärlich bezeichnet wird.

Die „Vossische Zeitung" über die schwarzrotgoldene „Zollopposition"

„Das (die verschärfte Opposition) ist übrigens seitens der Parteien, die auf dem Boden der Verfassung stehen und politisches Verantwortungsbewußtsein haben, in der mildesten Form erfolgt, die denkbar war. Die Demokraten haben es abgelehnt, die Mittel der Obstruktion anzuwenden, sie sind sogar so weit gegangen, durch ihre stetige Anwesenheit im Sitzungssaal die Beschlußfähigkeit des Reichstages sichern zu helfen, die die Zollmehrheit trotz ihres starken Interesses an der Verabschiedung der Vorlage nicht zu erreichen vermochte. Auch die Obstruktion der Sozialdemokraten hat sich auf ein Mindestmaß beschränkt, auf die mehrfache Anzweiflung der Beschlußfähigkeit des Reichstages und auf einige Vertagungsanträge. Das parlamentarische Recht der Mehrheit ist von der Opposition in weit höherem Grade respektiert worden, als das Recht der Opposition von den Regierungsparteien."

Hindenburgs Dank an die Steuerräuber, Zollwucherer und Inflationshyänen

(TU.) Berlin, 11 August.

Der Herr Reichspräsident hat aus Anlaß der Verabschiedung der Steuergesetze an den Reichsminister der Finanzen, von Schlieben, und an den Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Professor Dr. Popitz, besondere Anschreiben gerichtet. Das Schreiben an den Reichsminister der Finanzen hat folgenden Wortlaut:

„Hochgeehrter Herr Reichsminister! Nachdem die großen Steuergesetzgebungsarbeiten zur Reform unseres Steuerwesens, zur Regelung der vielumstrittenen Aufwertungsfragen, zur Durchführung eines geordneten Reichshaushaltes und zur Aenderung der Zolltarife im wesentlichen durchgeführt sind, ist es mir ein lebhaftes Bedürfnis, in erster Linie Ihnen, Herr Reichsminister, für die schweren Arbeiten, die Sie bewältigten, und den großen Dienst, den Sie damit unserem Vaterlande geleistet haben, namens unseres Reiches aufrichtige Anerkennung auszusprechen. Auch verbinde ich den Wunsch, daß das Reich noch recht lange auf Ihre hingebende Arbeit und Ihren wertvollen Dienst rechnen kann. Mit freundlichem Gruß Ihr ergebener gez. v. Hindenburg."

Staatssekretär Popitz erhielt folgendes Schreiben:

„Sehr geehrter Herr Staatssekretär! An der umfangreichen Gesetzgebungsarbeit zur Reform unserer Steuergesetze, zur Neuregelung der Zölle und zur Lösung der Aufwertungsfrage sind Sie, Herr Staatssekretär, in maßgebender und besonders hervorragender Weise beteiligt gewesen. Ihrer Tatkraft und Umsicht, Ihren reichen Kenntnissen und großen Erfahrungen ist es wesentlich zu verdanken, daß die schwierigen und umfangreichen Vorbereitungen und Beratungen dieser lebenswichtigen Gesetze in verhältnismäßig kurzer Zeit befriedigend durchgeführt werden konnten. Hierfür Ihnen namens des Reiches herzlichen Dank und aufrichtige Anerkennung auszusprechen, ist mir lebhaftes Bedürfnis, Ihnen, Ihrer Arbeit im Reichsdienst weiteren Erfolg wünschend, bin ich mit freundlichem Gruß Ihr gez. v. Hindenburg."

•

Besser kann sich der Retter der deutschen Republik, Herr von Hindenburg, wahrhaftig nicht als der Vater der Zoll-, Steuer- und Inflationsräuber zeigen, als durch diese liebenswürdigen Briefe an die Vollstrecker des brutalsten Profitsystems. Alle kleinen Leute, die Hindenburg gewählt haben, müssen erkennen lernen, daß sie ihren eigenen Henker auf den Schild gehoben haben. Dieser große politische Irrtum kann nicht dadurch gutgemacht werden, daß die enttäuschten Hindenburg-Wähler die Flinte ins Korn werfen, sondern nur dadurch, daß sie gegen das Raubsystem der Hindenburg-Aera zusammen mit der revolutionären Arbeiterschaft kämpfen lernen.

Die Verfassungsfeier der Zoll- und Steuerräuber

(TU.) Berlin, 11. August.

Das Programm der mittag um 12 Uhr beginnenden Verfassungsfeier der Reichsregierung im Reichstag ist folgendes:

1. Erste Sinfonie, erster Satz von Brahms.
2. Festrede des Honorarprofessors Dr. Hermann Platz-Bonn.
3. Erste Sinfonie, vierter Satz von Brahms.
4. Ansprache des Reichskanzlers.
5. Gemeinsamer Gesang des Deutschlandliedes, 1. und 3. Strophe.

Die musikalischen Vorträge werden durch das Berliner Philharmonische Orchester unter Leitung von Julius Prüwer ausgeführt.

General Deimling der Hereroschlächter spricht in Frankfurt vor dem Reichsbanner

Eine Erinnerung der alldeutschen „Deutschen Zeitung"

Frankfurt a. Main, 10. August.

Beim schwarzrotgoldenen Verfassungsrummel in Frankfurt sprach der pazifistische General des Kaisers, von Deimling. Der General erklärte: Wenn er als ehemaliger kaiserlicher General an der republikanischen Feier teilnehme, so erkläre er diesen Wandel aus den Folgen des Weltkrieges. Im Schützengraben sei der Reiche neben dem Arbeiter gewesen und alle hätten ein gleiches Recht zum Sterben gehabt. Diese Erkenntnis sei der Grund, warum er als General Republikaner geworden sei. Der nach dem General sprechende Zentrumsmann Dr. Scharp, ein kapitalistischer Federfuchser, erklärte, von dem Augenblick an, da der kaiserliche General Hindenburg den Eid auf die Verfassung ablegte, sei der Kampf um die Staatsform endgültig entschieden.

Diesen republikanischen Reden zufolge gibt es also zwischen dem kaiserlichen General von Deimling und dem kaiserlichen General von Hindenburg keinen politischen Unterschied: beide sind Republikaner, sicher bis auf die Knochen. Die Deimlingsche Philosophie über das Aufhören der Klassengegensätze im Schützengraben und über die Sozialisierung des Todes zeigt durch ihren Inhalt selbst, daß sie nicht im Schützengraben, sondern zehn Kilometer dahinter im bombensicheren Unterstand des Generals gewachsen ist. Die Deimlingsche Praxis widerlegt die Deimlingschen Theorien. Sicher ist das Recht auf den Heldentod dasjenige Recht gewesen, um das sich auch ein Deimling für sich am allerwenigsten bemüht hat. Er wäre sonst kein General gewesen und hätte sich nicht einst durch die Vernichtung von 70 000 aufständischen Herero-Kolonialsklaven in der wasserlosen Wüste als wahrer Blutsäufer hervorgetan.

Zur selben Zeit, da der pazifistische Herero-Schlächter große republikanische Töne spuckt, veröffentlicht die monarchistische und alldeutsche „Deutsche Zeitung" einen Jubiläumsartikel über die Schlacht am Waterberg, in der am 10. bis 12. August 1904 die Einkreisung der 70 000 Hereros durch das scheußlichste Abschlachten und durch die Auslieferung an den Tod durch Verdursten beendet wurde. Der General Deimling tat sich militärisch hervor auf ihn kommt zweifellos ein sehr großer Prozentsatz von Hereros — Männer, Weiber, Kinder und Greise und die ungeborene Frucht im Mutterleibe —, die in der glühenden Wüste elend verreckten. Darum wird in dem alldeutschen Jubiläumsartikel der „siegreiche Vorstoß der Abteilung Deimling bei der Station Waterberg" glänzend herausgestrichen: „Die Herero, abgeschnitten von den ihnen günstigen Rückzugslinien nach Westen, Norden und Nordosten, wurden von den verfolgenden Truppen in die wasserarme Wüste getrieben und dort vollendete sich ihr Schicksal". Niemand soll sagen, daß die Deimlings sich im August vor 21 Jahren nicht auf die Methoden verstanden hätten, die in den Chikagoer Schlachthäusern maschinenmäßig angewandt werden, freilich nicht an schwarzen oder weißen Sklaven, sondern an Schweinen — aber in Chikago genau wie am Waterberg oder vor Verdun zu Nutz und Frommen der Millionäre.

Ueberfüllte Höllein-Versammlung in Dresden

Dresden, 10. August.

Eine öffentliche Versammlung gegen Zoll- und Steuerwucher, in der Genosse Höllein sprach, war außerordentlich gut besucht. In der Diskussion sprach ein sozialdemokratischer Arbeiter, der schon zwanzig Jahre Mitglied der SPD. war, jetzt aber, weil er die Politik der SPD.-Führer nicht mehr mitmachen wollte, sein Mitgliedsbuch zerriß und erklärte, sich der KPD., der einzigen Arbeiterpartei anschließen zu müssen.

Die Räumungsoptimisten mal wieder hereingefallen

(TU.) Berlin, 11. August.

Die Nachrichten, die von einer Verzögerung der Räumung des Sanktionsgebietes berichten, verdichten sich immer mehr, so daß auch an zuständiger Berliner Stelle nicht mehr damit gerechnet wird, daß die Räumung dieses Gebietes bis zum 15. August durchgeführt sein wird. Wie die Telegraphen-Union von gutunterrichteter Seite hört, ist nicht anzunehmen, daß die Verzögerung auf Initiative der französischen Regierung erfolgt ist. Sie scheint vielmehr auf Widerstände der französischen Besatzungsbehörde zurückzuführen sein. Die französischen Generale, so auch Guillaumat, haben sich offenbar in den Städten Duisburg und Düsseldorf sehr wohl gefühlt, so daß diesen der Abschied etwas schwer fällt. Die ursprünglich für den 16. August geplante Befreiungsfeier für das gesamte Sanktions- und Einbruchsgebiet wird nunmehr verschoben werden müssen.

Polnische Ausweisungen aus Dortmund

(TU.) Dortmund, 11. August.

Als Vergeltungsmaßnahme für die deutschen Ausweisungen aus Polen sind bis jetzt aus Dortmund 114 Personen ausgewiesen worden. Zurückgeblieben sind noch eine Familie von vier Köpfen und vier ledige Personen.

Der Reichsjugendtag der SAJ. in Hamburg

Spiel und Tanz — Tanz und Spiel

Hamburg, 11. August.

Der 4. Reichsjugendtag der Sozialistischen Arbeiterjugend erschöpfte sich in Spiel und Tanz. Am Sonnabend wollte der Vorsitzende der Sozialistischen Jugendinternationale Voogd in Altona einen Vortrag halten. Ganze 40 Jugendliche waren dazu erschienen, so daß der Vortrag auf der Treppe zu dem Versammlungslokal, statt in diesem, stattfinden mußte. Bei der Demonstration am Sonntag leistete sich das Reichsbanner niederträchtige Provokationen. Mitgliedern der Kommunistischen Jugend, welche mit Plakaten und Transparenten Spalier bildeten, welche die sozialdemokratischen Jugendlichen an ihre Pflicht mahnen sollten, wurden die Plakate entrissen und die kommunistischen Jugendlichen mißhandelt. Der Jugendtag wurde von Vertretern des Hamburger Senats feierlichst begrüßt. Sein Ergebnis war eine äußerst lahme Resolution über Jugendschutz und Jugendrecht.

•

Das Typischste an diesem Jugendtag ist, daß das Hauptreferat von ganzen 40 Jugendlichen besucht wurde. Diese Tatsache wirft ein grelles Licht auf die geistige Verfassung der Erben der sozialistischen Bonzokratie. Diese Jugendlichen der SAJ. werden alles andere als geriebene Gewerkschaftsbonzen. Den alten SPD.-Mannen ist oft himmelangst, wenn sie erkennen müssen, daß ihr Nachwuchs aber auch gar nicht für irgendwelche politischen Dinge mehr ein Interesse aufbringen kann. Das ist die Frucht ihrer Politik. Die pazifistischen Jünglinge und Jungfrauen wurden nur einmal rabiat, als sie den kommunistischen Jugendgenossen die Schilder wegrissen, die die jungen Proletarier und Proletarierinnen der SAJ. an ihre Pflicht gemahnten. Dieses brüske Verhalten wird die Jungkommunisten nicht davon abhalten, ihre Pflicht gegenüber der SAJ weiter zu tun.

Gerettete Fürsten

Weimar. Im thüringischen „Volksstaat" hat das Parlament verschiedene Millionen Mark zur Aufwertung der den Fürstenhäusern bezahlten sogenannten Entschädigungen ausgeworfen. Die Arbeiter und kleinen Leute, mitsamt den um die Aufwertung betrogenen Inflationsopfern müssen also für die ehemaligen regierenden Herren Aufwertungsmillionen bezahlen. Der Herzog von Sachsen-Altenburg bekommt z. B. eine erkleckliche Aufwertungssumme. Dieser herzogliche Besitzer von Schlössern, Gütern, Forsten usw. hat nun 1922 zwei alten kranken Leuten ein Landhaus in Wilhelmshorst, Kreis Zauch-Belzig abgekauft, natürlich weit unter dem Wert, für Inflationsgeld. Die zwei alten Leute sind an den Bettelstab gebracht und dem Hungertod hingeworfen —; dieser Herzog hat auf die wiederholten Gesuche um Aufwertung der damals bezahlten Kaufsumme überhaupt keine Antwort gegeben. Er selbst aber, als Großgrundbesitzer, bekommt von den Hindenburg-Parteien des Landtages zu seinem Riesenbesitz hinzu, noch seinen Aufwertungsschilling.

Mögen die geschundenen Opfer der Inflationshyänen sich überlegen, ob Hindenburg und die Hindenburgianer die Interessen der Monarchen, Junker und Kapitalisten vertreten, oder ob sie nach Hindenburgs Wort die armen Leute „lieben". Auf die oben geschilderte Weise kann jedenfalls das Ansehen der Monarchie und der Flagge Schwarzweißrot unter den Millionen der belogenen Hindenburg-Wähler nicht mehr „aufgewertet" werden.

Durch den Polizeiknüppel an der Bekämpfung des Zollwuchers verhindert

wurden folgende Abgeordnete:

1. August:	Jaddasch, Höllein,
8. August:	Neubauer,
10. August:	Schütz, Torgler, Geschke, Münzenberg, Neddermayer.

Der hinausgeworfene Abgeordn. Genosse Jaddasch spricht

morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, im „Volkspark" über: „Der Kampf der Zollwucherer gegen die Arbeitermassen!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250811-11/fragment/page=0002

Heldenmutiger Tod des polnischen Genossen Botwin

(Inprekorr.) **Moskau**, 11. August.

Laut einer Meldung aus Warschau verhielt sich der wegen Ermordung eines Polizeispitzels zum Tode verurteilte und inzwischen hingerichtete Botwin außerordentlich heldenmütig und tapfer. Es tröstete ihn seine ihn zum letzenmal besuchende Schwester. Den ihn besuchenden Geistlichen hat er abgewiesen, indem er erklärte: **„Die Religion ist für Sklaven erfunden, ich aber bin kein Sklave!"** Um Demonstrationen zu verhindern, wurde Lemberg militärisch besetzt, die Umgebung des Gefängnisses wies das Bild eines militärischen Lagers auf. Der Präsident der Republik, Woizichowsky, selbst ein früheres sozialdemokratisches Parteimitglied, lehnte das Gnadengesuch des Verteidigers ab. **Botwin lehnte es ab, selbst das Gnadengesuch einzureichen. Festen Schrittes und erhobenen Hauptes ging er aus der Gefängniszelle in den Gefängnishof, mit heller Stimme die Internationale singend.** Die übrigen politischen Gefangenen **stimmten in die Internationale mit ein** und bis der Richter das Urteil las, **dröhnte feierlich im Totenhaus die Internationale.** Botwin stellte sich vor die Soldatenreihe ruhig, ohne Schwanken, ohne sich die Augen verbinden zu lassen. **„Nieder mit der Bourgeoisie, hoch die soziale Revolution!"** waren seine letzten Worte. Der Offizier gab das Säbelzeichen, eine Salve und die **Kommunistische Partei Polens verlor einen ihrer besten Kämpfer.**

In den **Arbeitervierteln Warschaus** und in den Industriezentren Polens rief die Nachricht über die Hinrichtung eine **ungeheure Erregung hervor.** Auf den Straßen erschienen Plakate mit der Aufschrift: „Ehre dem Helden, Tod den Provokateuren!" Berittene Polizei und Polizei zu Fuß besuchte die Arbeiterviertel, um die Demonstrationen zu verhindern. In ganz Polen wurden **Massenverhaftungen** vorgenommen. Die Bourgeoisiepresse fordert die Todesstrafe für die Angehörigkeit zur Kommunistischen Partei.

Die Hinrichtung Botwins rief in der **Sowjetunion die äußerste Empörung der Arbeitermassen hervor.** In Charkow, Moskau, Kiew und Schitomir fanden Massenmeetings und Betriebsversammlungen gegen den weißen Terror der polnischen Schlächter statt. An die KPP. und an die Familie Botwins wurden Beileidstelegramme gesandt.

Polen will die Kommunistische Partei verbieten

(TU.) **Warschau, 11. August.**

Warschauer Blätter melden, daß eine Reihe neuer Terrorakte von seiten der Kommunistischen Partei zu erwarten sein sollen. Infolgedessen soll ein Gesetz in Vorbereitung sein, das das Verbot der Kommunistischen Partei auf dem Gebiete der polnischen Republik, sowie schwere Zuchthausstrafen für kommunistische Parteitätigkeit vorsieht.

Eine zweite polnische Inflation

(TU.) **Warschau**, 11. August.

Der Ministerpräsident Grabski hat gestern zum zweiten Male seinen Urlaub unterbrochen und ist nach Warschau zurückgekehrt. Seine Rückkehr ist durch die Krise erforderlich geworden, die der Zloty gegenwärtig durchmacht. **Der letzte Ausweis der Bank von Polen zeigt einen erneuten Abfluß von neuen Millionen Devisen, so daß die Zlotydeckung sich weiter gesenkt hat. Am 14. August tritt durch eine bereits angekündigte Verordnung eine neue Beschränkung des polnischen Imports ein. Es werden vorläufig auf drei Monate aus allen Ländern nur bestimmte Kontingente derjenigen Waren nach Polen hineingelassen, deren Ausfuhr aus Deutschland seit Beginn des Zollkrieges verboten wurde. Diese Kontingente sollen abhängig sein von dem Wert der polnischen Waren, die die einzelnen Länder bei sich einführen.**

Polnische Banken begünstigen den Zlotysturz

(TU.) **Warschau**, 11. August.

Wie festgestellt wird, **haben eine Anzahl polnischer Banken den Zlotysturz begünstigt.** Besonders die Bank Spolek-Sarobkowych hat eine führende Rolle gespielt. Diese Bank führte **große Mengen polnischer Währungen nach Danzig** aus und verkaufte diese zum Preise, **der viel unter dem amtlichen Kurs** stand.

Was die englischen Arbeiter einigte

Cook, der Bergarbeiterführer, erzählt im „Daily Herald" von der Konferenz, der Bergarbeiter mit Baldwin. E schreibt, daß sie den Premierminister vorsichtig fragten, ob er glaube, daß die Bergarbeiter einen höheren Lohn, als sie zum Leben gebrauchten, bekämen. Baldwin sagte, er könne ihre Erklärung nicht widerlegen. Cook fragte ihn dann: „Und ist Euer einziges Heilmittel eine Lohnreduzierung für die Leute, die nicht ihren Lebensunterhalt bezahlen können?" Baldwin antwortete: „Ja. Aber nicht nur ihr sondern alle Arbeiter Englands müssen eine Lohnkürzung durchmachen."

„Das war der Grund", sagte Cook, „der alle Gewerkschaftsführer verband. Wir haben schließlich die englische Regierung dazu gebracht, den Ernst der Lage anzuerkennen."

Die Drusen wehren sich ihrer Haut

Schwere Verluste der Franzosen

Berlin, 11. August.

Vom Aufstandsgebiet in Französisch-Syrien wird gemeldet, daß eine Schwadron Spahis **von den aufständischen Drusen völlig aufgerieben**, die herbeigezogenen Verstärkungen unter General Michaud im Biwak überfallen und ein französisches Bataillon in die Flucht geschlagen wurde. **Die Aufständischen erbeuteten zehn Flugzeuge, die gesamte Artillerie und den gesamten Fuhrpark** der Verstärkungen des Generals Michaud, der darauf die „Strafexpedition" einstellen und sich zurückziehen mußte. Die französische Garnison in Sueida ist abgeschnitten und belagert. Unterdessen senden die französischen Imperialisten neue Verstärkungen, darunter zwei Bataillone Fremdenlegion nach Syrien hinüber. **Der aufständische Stamm der Drusen zählt etwa 100 000 Menschen und bewohnt das Libanon- und Haurangebirge.** Der gegenwärtige Aufstand ist der sechste seit der Besetzung durch die französische Raubmacht. Die obigen Angaben über die schwere französische Schlappe gehen auf halbamtliche französische Verlautbarungen zurück, **bleiben also sicher noch weit hinter der Wahrheit zurück.**

Italien erwartet „Kompensationen" in Marokko

Paris, 8. August.

Die „Information" weis aus guter Quelle zu berichten, daß man in maßgebenden Kreisen Roms die Ereignisse in Marokko mit **übergroßer Spannung** verfolge. Wenn man auch Frankreich und Spanien einen durchschlagenden Erfolg wünscht, so behalte man sich doch in Rom ausdrücklich vor, die Veränderungen zu überprüfen, die in den Interessenzonen **eintreten könnten. Die Anerkennung des Rifgebietes** als selbstständige wirtschaftliche und politische Einheit, stelle im bereits geschlossenen Abkommen eine große Veränderung dar, die nach Italiens Ansicht der Genehmigung einer internationalen Konferenz bedürfe und in der Italien eine Kompensation erwarten dürfte.

Zu deutsch: Mussolini wünscht ein Stück vom Fell des Bären, der noch ganz munter lebt und setzte um sich schlägt. Viel Glück!

Besuch der deutschen Arbeiterdelegation im Naphta-Gebiet

In Grosny

Am 1. August trafen die deutschen Delegierten in Grosny (Kaukasus), einem Hauptpunkt der Naphtha-Förderung, ein. Die Grosnyer Bergarbeiter empfingen die Delegierten bei der Arbeit vor vollen Naphthabecken. Der Chef von „Großnaphtha", Genosse Kossior, informierte die Gäste über die Geschichte der Produktion der letzten drei Jahre, der vollkommenen Zerstörung der Werke während des Bürgerkrieges und den darauffolgenden fünf Jahren der Wiederherstellung, der Entfaltung der Bautätigkeit, der Mechanisierung der Förderung. Von zwei Millionen Pud Naphtha monatlich im Jahre 1920 hat die Förderung gegenwärtig 12 Millionen Pud (ein Pud gleich 16 Kilo) **erreicht.**

Die neuen Arbeiterkolonien mit Einfamilienhäusern

entzückten die Delegierten. Sie besichtigten und besprachen jedes Eckchen der neuen Heime, die an das Kollektivdasein angepaßt sind. Alle Einzelheiten wurden sorgfältig in die Notizbücher eingetragen. Bei der Besichtigung einer der acht Naphtha-Fontänen stellte ein Delegierter fest, daß diese 40 000 Rubel Tageseinnahmen einbringen. Die Mechanisierung der Produktion, die Zentralisierung der Triebkraft, Elektrifizierung und andere Vervollkommnung riefen lebhafte Fragen seitens der Delegierten hervor. Ebenso lebhafte Gespräche löste die Frage des **Arbeitsschutzes, der Urlaube, der Schutzvorrichtungen** und der Löhne aus.

Die Delegation besichtigte das Destillationswerk für Erdöl **„Rote Profintern"**. Großes Interesse erweckte bei der Delegation die erste Gasolin-Fabrik in der Union der Sowjetrepubliken, wo jährlich für fünf Millionen Naturgas verwertet werden, die unter dem Kapitalismus früher verloren gingen. In den Leninschen Naphthawerken wurden die Bohrungen, der Klub der Elektrogruppe und die Gartenstadt besichtigt.

Kurort und Meeting

Darauf besuchte die Delegation den Lenin-Kurort, wo die Arbeiter von „Großnaphtha" im Sanatorium Erholung und Heilung finden. Hier verbrachte die Delegation einen halben Tag, den man mit fröhlichem Baden in den Teichen, Mittagessen und Spazierengehen verbrachte.

Nach der Rückkehr in die Stadt besuchte die Delegation ein Meeting, das so stark besucht war, wie Grosny es seit den Tagen der Trauerfeierlichkeiten für Lenin nicht wieder gesehen hat. — Als Redner traten Mitglieder der Delegation auf: Der Schlosser Gen. Richter und der Eisenbahner Gen. Dennewitz, die in ihren Ausführungen besonders hervorhoben, daß sie erst jetzt sich überzeugen von der gewaltigen schöpferischen Fähigkeit des Proletariats, das die Macht erobert hat.

Ein Mitglied der Delegation, der Sozialdemokrat Mölle, sagte: „Die Jungpioniere haben mich zum Ehrenpionier ernannt. Ich habe im Namen der gesamten Delegation diese Auszeichnung angenommen. Das ist ein Band zwischen Euch und der Jugend Deutschlands, die bereit sein muß, die Waffe in die Hand zu nehmen. Wir halten es für unsere Pflicht und Schuldigkeit, Eure Erfahrungen in dem Kampf der deutschen Jugend zu übertragen, der es an Pulver fehlt. Dieses werden wir geben, indem wir es von Euch nehmen."

Ansprache der deutschen Delegation an die Arbeiter von Grosny

Vor der Abreise hat die deutsche Delegation an den Gewerkschaftsrat von Grosny, den Bergarbeiterverband von Grosny, sowie die Arbeiter, Angestellten und den Chef von Großnaphtha, Genossen Kossior, folgende Ansprache gerichtet:

*) „Werte Genossen! Als wir die ausgedehnten Naphtha-Werke und Betriebe besichtigten, trat die Niedertracht des kapitalistischen Systems besonders deutlich vor unsere Augen. Für die Kapitalisten aller Länder war Euer Land ein besonders lecterer Bissen. Deshalb wurde auch seinetwegen Krieg geführt. Schon einige Jahre seit Ihr damit beschäftigt, die Zerstörungen zu beseitigen, welche die Kapitalisten aller Länder während des Krieges in Eurer Produktion erzeugt haben.

Die „Hundegehöfte" (so heißt in Grosny die alte Arbeiterkolonie. Die Red.), wo früher die Arbeiter kampieren mußten, sind eine drohende Anklage gegen die Barbarei des Kapitalismus. — Wir alle haben an Eurer Produktion ein anschauliches Beispiel jener heroischen Taten in der Produktion gesehen, zu denen die Arbeiterklasse fähig ist. Die Entfaltung der Produktionsmöglichkeiten bis zu bisher ungekannten Grenzen, ein Ausbau von Arbeiterwohnungen, die in hygienischer Hinsicht tadellos sind, das sind große Taten, die aus der Geschichte nicht getrichen werden können.

Wir danken Euch noch einmal vor unserer Abreise für den herzlichen Empfang. Wir werden der deutschen Arbeiterklasse von Eurem Kampf und Glück berichten und werden sie dazu bewegen, rascher Eurem Beispiel zu folgen."

In Baku

Am 2. August, um 2 Uhr nachts, traf eine Gruppe deutscher Arbeiter unter Vorsitz des Genossen Beck in Baku ein, wo sie von Eisenbahnern und Bahnhofsbeamten mit roten Fahnen und Begrüßungstafeln empfangen wurden.

Vom Bahnhof begab sich die Delegation nach Asneft (d. h. Aserbeidschaner Naphtha). Der Leiter des Werkes, Gen. Serebrowski, machte sie mit der Produktion bekannt. Die Qualität des von Asneft geförderten Produktes wird auf dem Auslandsmarkte höher geschätzt als die anderen, der Preis ist um drei Prozent höher als der der übrigen Gattungen. Im Juli betrug die Produktion 26 506 000 Pud. Die Bohrung erreichte 7000 Saschen. Die Naphtha-Destillationswerke sind umgebaut nach den euesten Errungenschaften der Technik und können eine größere Menge verarbeiten, als gefördert wird.

Wenn in technischer Hinsicht die Werke von Baku mit der amerikanischen Naphtha-Produktion gleichen Schritt halten, so hat das Asneft-Werk sich zur Aufgabe gemacht, **in den nächsten Jahren die Lebensbedingungen der Arbeiter nicht nur bis zum amerikanischen Niveau zu heben, sondern das letztere zu überflügeln.**

Aus Baku reiste eine Gruppe der Delegierten nach den Bibi-Eibat-Werken. Eine andere Gruppe begab sich nach den Vororten von Baku „Weiße Stadt" und „Schwarze Stadt". Ferner wurde das zentrale technische Magazin besichtigt, die Arbeiterkolonie und die Speisehalle der Genossenschaft „Der Bergarbeiter". Zum Schluß besichtigte die Delegation die **elektrische Station** von Baku (eine der besten in der Union der Sowjetrepubliken), die auf die Delegierten durch ihre Einrichtungen einen starken Eindruck gemacht hat.

*) Aus dem Russischen rückübersetzt.

Weitere Studienkommissionen der deutschen Delegation in Rußland

(Inprekorr.) **Moskau, 9. August.**

Einzelne Gruppen der deutschen Delegation setzen ihre Studienreise fort. Gegenwärtig befindet sich eine Gruppe im Uralgebiet, eine zweite in Georgien, eine dritte in der Krim, eine vierte in Cherson und eine fünfte im Donezbecken. Die Vertreter der Donezgruppe, Schlesinger und Meuichardt, erklärten, daß die rechtliche Lage der Bergarbeiter einen außerordentlichen Eindruck auf sie gemacht hat, da nirgends in der Welt die Bergarbeiter solche Vorrechte und Begünstigungen haben. Die Lebensverhältnisse der Bergarbeiter machten im Verhältnis zum Friedensniveau gewaltige Fortschritte. Besonders anschaulich sind diesbezüglich die Sanatorien und Arbeiterheime. In der Krim machten auf die Delegierten besonders großen Eindruck die Sanatorien und Wohlfahrtsinstitutionen, wo Tausende von Arbeitern und Bauern untergebracht sind. Die Krankenkassen, Betriebe und Gewerkschaften haben ihre eigenen Sanatorien, worin die kranken und übermüdeten Arbeiter und Angestellten auf Kosten der Gewerkschaften und Krankenkassen Erholung finden. Die Delegierten erklärten, dies sei in solchem Umfange in den kapitalistischen Ländern undenkbar und undurchführbar. Die Uraldelegation überraschte besonders der verhältnismäßig rasche Wiederaufbauprozeß trotz der Verwüstungen des Bürgerkrieges, trotz des Zustandes der Betriebseinrichtungen.

Die Wolgadeutschen machen große Vorbereitungen zum Empfang der Delegation.

Antwort der IAH. auf die Verunglimpfung ihrer Hilfsaktion für die ausgesperrten Bauarbeiter

Die IAH., Landesausschuß Halle-Merseburg, hat auf die Verunglimpfungen im „Volksblatt" vom 8. August folgenden Offenen Brief an die Ortsverwaltung und Streikleitung des Baugewerksbundes, Halle, gerichtet:

Halle, den 10. August 1925.

An die
Ortsverwaltung und Streikleitung des Baugewerksbund,
Zahlstelle Halle.

Werte Kollegen!

In der Nr. vom 8. August des hallischen „Volksblattes" erscheint auf Eure Veranlassung zum zweiten Male eine Warnung vor kommunistischen Sammellisten". Die unterzeichnete Organisation stellt fest, daß die Behauptung: „von kommunistischer Seite werden Sammellisten für die ausgesperrten Bauarbeiter in den Betrieben herumgereicht", unwahr ist und wider besseres Wissen aufgestellt wird.

Tatsache ist, daß nur der **Landesausschuß der Internationalen Arbeiterhilfe Sammellisten herausgibt.** Die Kontrolle der eingegangenen Gelder erfolgt von dieser Organisation gemeinsam mit zwei Vertretern der ausgesperrten Bauarbeiter und einem Vertreter des Zimmererverbandes. Die Kommunistische Partei hat damit absolut nichts zu tun, hat auch noch nie einen Anspruch darauf erhoben, irgendwelchen Einfluß zu erhalten.

Tatsache ist ferner, daß der Unterzeichnete, Kollege Höcker, am Donnerstag, dem 6. August, mit der Streikleitung unter Anwesenheit des Kollegen Hübner eine Sitzung hatte, **wo die IAH. dem Baugewerksbund den Vorschlag machte, ein oder zwei Vertreter in diese Kommission zu wählen,** damit die eingegangenen Gelder an **alle** ausgesperrten Bauarbeiter, ohne Rücksicht auf ihre gewerkschaftliche Zugehörigkeit, verteilt würden. In dieser Sitzung ist von den Vertretern der IAH. nachgewiesen, daß diese Organisation politisch neutral ist und die Leiter nur zum geringsten Teil Kommunisten sind, in den meisten Fällen aber anderen politischen Richtungen angehören. U. a. ist der Vorsitzende für Deutschland der Genosse Georg Ledebour, der nicht der KPD. angehört. Dem Kollegen Höcker wurde zugesagt, schnellstens eine gemeinsame Sitzung der Ortsverwaltung und Streikleitung einzuberufen, wo ersterer seinen Vorschlag auf Bildung einer gemeinsamen Kommission begründen soll. Dieses wurde auch von den anwesenden Mitgliedern der Streikleitung befürwortet.

Am Sonnabend, dem 10. August, frug Kollege Höcker telephonisch bei dem Kollegen Hübner an, wann diese Sitzung stattfände. Darauf erklärte Hübner: **„Für uns ist die Sache erledigt, wir wollen mit Euch nichts zu tun haben. Eine Sitzung wird nicht stattfinden."** Als sich der Kollege Höcker bei einigen Mitgliedern der Streikleitung über die Richtigkeit dieses Beschlusses erkundigte, bestritten **diese die Behauptung des Kollegen Hübner ganz entschieden** und erklärten, daß eine Anfrage an den Vorstand des Baugewerksbundes in Hamburg gerichtet sei, ob dieser gegen die Bildung einer gemeinsamen Kommission Bedenken habe. Nach Eintreffen der Antwort würde auf alle Fälle eine gemeinsame Sitzung einberufen und der Vertreter der IAH. erneut geladen werden.

Wir müssen es nunmehr den ausgesperrten Bauarbeitern vom Baugewerksbund überlassen, zu entscheiden, wer die Schuld daran trägt, daß die Einheitsfront der Ausgesperrten noch nicht hergestellt ist, und ferner müssen die ausgesperrten Bauarbeiter darüber entscheiden, ob sie sich diese Sabotage ihrer Verbandsangestellten länger gefallen lassen wollen. Der Landesausschuß der IAH. legt nach wie vor den größten Wert darauf, daß in die Unterstützungskommission auch Vertreter des Baugewerksbundes delegiert werden.

Mit kollegialem Gruß

Bund der Freunde der IAH., LA. Halle-Merseburg
J. A.: Höcker.

Die Bauunternehmer am Ende?

Bauarbeiter, laßt Euch nichts von Euren Forderungen abhandeln!

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 11. August.

Die gestern im Reichsarbeitsministerium erfolgte Aussprache zwischen den Vertretern der Parteien im Baugewerbe hatte folgendes Ergebnis: Zur Beilegung der bezirklichen Lohnstreitigkeiten im Baugewerbe wird eine besondere Schlichtungsstelle vereinbart. Sie wird zusammengesetzt aus je vier Besitzern von Unternehmer- und Arbeitervertretern und aus einem unparteiischen Vorsitzenden, den das Reichsarbeitsministerium ernennt. Die Erklärungsfrist für die evtl. zu fällenden Schiedssprüche wird auf den 18. August festgesetzt. **Bis zu diesem Termin stellen die Unternehmer ihre angekündigten Kampfmaßnahmen zurück.** Für den Fall, daß die eingeleiteten Verhandlungen zu einer Beilegung der Lohnstreitigkeiten führen, sollen die Verhandlungen über den strittigen Manteltarif alsbald neu aufgenommen werden.

Vor Kämpfen in der sächsischen Textilindustrie

Gegen den Willen der Textilarbeiterverbände wurde am 20. Juli eine Regelung der Lohnverhältnisse durch den Schlichtungsausschuß vorgenommen. Der Schiedsspruch sieht ab 11. Juli 1925 eine Erhöhung der Löhne um 10 Prozent vor, die Kündigung des Lohnabkommens ist frühestens zum 26. März 1926 zulässig.

Gegen dieses schändliche Abkommen zeigt sich eine **heftige Gegenbewegung. In den Spinnereien in Leipzig, Meerane, Mittweida, Zwickau, Zittau, Zschopau, Erdmannsdorf** und anderen Orten haben Hunderte von Spinnern und Andrehern ihr Arbeitsverhältnis gekündigt. Die Unternehmer drohen als Abwehr mit der Aussperrung in der gesamten Industrie. Es ist mit einem **allgemeinen Kampf der Textilarbeiter zu rechnen,** der, wenn er geschlossen und energisch geführt wird, bei der verhältnismäßig guten Konjunktur durch das kommende Winter- und das verstärkte Rußlandgeschäft mit einem Erfolg für die Textilarbeiter auslaufen kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250811-11/fragment/page=0003

Kartellvertrag der gesamten Verkehrs-, Staats- und Gemeindearbeiter und Beamten

Zwischen dem **Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter** der Reichsgewerkschaft deutscher **Kommunalbeamten**, dem **Einheitsverband der Eisenbahner** und dem Deutschen **Verkehrsbund** ist ein **Kartellvertrag** abgeschlossen worden, der folgenden Inhalt hat:

„Zweck des Vertrages ist eine wirksame gemeinsame Interessenvertretung. Außer der direkten wirtschaftlichen und sozialen Interessenvertretung der Mitglieder der beteiligten Organisationen erstreckt sich die Zusammenarbeit auf die Aufstellung und Verfechtung allgemeiner Grundsätze auf dem Gebiete der Lohn- und Gehaltspolitik und des sozialen Arbeitsrechts.

Die Bewegungen zur Verbessernug der Besoldung und Entlohnung, zur Verkürzung der Arbeitszeit bzw. der Dienstschichten sollen im engsten Einvernehmen miteinander geführt, wie auch alle Maßnahmen auf sozialpolitischem Gebiet getroffen werden.

Bei Abwehrbewegungen unterstützen sich die Organisationen nach Kräften moralisch und, soweit es die Verhältnisse gestatten, auch finanziell nach den Grundsätze gewerkschaftlicher Solidarität. Alle wichtigen organisatorischen Veränderungen, beabsichtigte Aenderungen der Organisationsform, des organischen Aufbaues und Ausbaues der Organisationen werden gemeinsam beraten, ehe eine Beschlußfassung erfolgt.

Die Funktionäre der Organisationen sind verpflichtet, sich in der Agitation innerhalb ihrer Agitationsgebiete tatkräftig gegenseitig zu unterstützen; bei der Abwehr gegenerischer Angriffe leisten sie sich gegenseitig Hilfe.

In den Orten, wo eine der Organisationen Angestellte oder aktive Funktionäre nicht besitzt, sind die Angestellten bzw. Funktionäre der anderen Organisationen verpflichtet, den Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, soweit es die Verhältnisse gestatten.

Die Beiträge und Unterstützungseinrichtungen sind möglichst nach gleichen Bedingungen und Sätzen auszugestalten.

Die Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen der Organisationen sind gehalten, im Sinne der Vereinbarung und im Geiste der brüderlichen Kameradschaft zusammenzuarbeiten. Abmachungen und Vereinbarungen, die über das Vorstehende hinausgehen, dürfen von den Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen nur im Einvernehmen mit den Verbandsvorständen getroffen werden.

Die Arbeitsgemeinschaft soll in weiterer Auswirkung die Organisationen näher zusammenführen, um gegebenenfalls eine engere organisatorische Bindung vornehmen zu können. Weitere Organisationen, insbesondere die der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen, sowie des Verkehrs können in der Gemeinschaft Aufnahme finden, sobald die Voraussetzungen zur Erfüllung vorhanden sind.

In einem besonderen Vertrag sind Richtlinien für die Agitation festgelegt, um Grenzstreitigkeiten unter allen Umständen zu vermeiden."

Ohne Zweifel, dieses Kartell kann eine gewaltige wirtschaftliche und politische Macht darstellen, wenn die Führer dieses Kartells wirklich im Sinne des revolutionären Klassenkampfes alle Chancen ausnutzen werden.

Die Probe aufs Exempel ist die gegenwärtige Lohnbewegung der Eisenbahner.

Ohne Ueberhebung können wir **heute schon** aussprechen, daß auch dieser Koloß seinen **„schwarzen Freitag"** erleben wird, wenn nicht die Mitglieder der angeschlossenen Gewerkschaften dafür sorgen, daß die revolutionären Elemente und auch der Freie Eisenbahnerverband wieder aufgenommen werden.

Das Friedensangebot Abd el Krims

Paris, 4. August.

Der „Temps"-Korresondent in Tanger versichert, daß die Emissäre Abd el Krims **bereits am 26. Juli** den französischen Behörden Vorschläge gemacht hätten. Die Vorschläge seien dieselben, die sie Primo de Rivera unterbreitet hätten. Da sie feststellten, daß die Franzosen von ihnen **keine Notiz nahmen**, ließen sie dem Marquis d'Estrella wissen, da sie sich in Tanger befinden. Dieser bat sie darauf telephonisch nach Tetuan. Daraufhin kamen die Unterredungen zwischen ihnen und Primo de Rivera zustande, die zur beiderseitigen Zufriedenheit ausfielen. Während der Unterredung legte Primo de Rivera ihnen die französisch-spanischen „Friedensvorschläge" vor.

Im Schneesturm umgekommen

Nach einer Meldung des „Lokalanzeigers" aus Bad Reichenhall gerieten bei einer Ersteigung des Hohenkaisers fünf Personen in einen Schneesturm. Dabei fand der Sohn des Schornsteinfegermeisters Gruber aus Reichenhall und der Münchner Friedrich Witt, den Tod.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg. Büro u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107 001 — Ernst Schmidt Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Achtung, Funktionäre. Die herausgegebenen Register-Fragebogen sind vom Zehnerschaftskassierer selbst gewissenhaft auszufüllen.

Distrikt 9a. Distriktsversammlung Dienstag abend 8½ Uhr in Loests Hof (Freundlieb).

Distrikt 17. Distriktsversammlung Donnerstag, 13. August, „Eiche", Körnerstraße.

Dieskau-Canena-Zwintschöna-Kleinkugel-Bruckdorf. Sitzung aller kommunistischen Gemeindevertreter des Arbeitsgebietes Donnerstag, 13. August, abends 8 Uhr, in Zwintschöna im Lokal Horn.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Elsterwerda - Biehla - Kraupa. Mitgliederversammlung Dienstag, den 11. August, abends 8 Uhr, in Elsterwerda in der „Quelle".

Hohenleipisch. Mitgliederversammlung Mittwoch, den 12. August, abends 8 Uhr, im Lokal Haal.

Mückenberg - Bockwitz - Naundorf - Dolsthaida. Mitgliederversammlung Donnerstag, den 13. August, abends 8 Uhr, in Bockwitz im „Volkshaus".

Prösen-Stolzenhain. Mitgliederversammlung Freitag, den 14. August, abends 8 Uhr, in Prösen im Lokal Theuring.

Lichtenburg. Mitgliederversammlung Sonnabend 15. August, abends 8 Uhr im „Deutschen Haus".

Unterbezirk Wittenberg-Bitterfeld

Die gestern an dieser Stelle veröffentlichten Mitgliederversammlungen müssen aus bestimmten Gründen auf einen anderen Tag verlegt werden. Sie sind heute bereits wieder an dieser Stelle veröffentlicht.

Gräfenhainichen. Mitgliederversammlung Mittwoch, 12. August, abends 8 Uhr im Lokal Eger.

Piesteritz-Reinsdorf-Dobien. Mitgliederversammlung Mittwoch, 12. August, abends 8 Uhr in Piesteritz im „Schützenhaus".

Greppin-Wolfen. Mitgliederversammlung Donnerstag, 13. August, abends 8 Uhr in Greppin im Lokal Schmidt.

Wittenberg. Mitgliederversammlung Freitag, 14 August, abends 8 Uhr, im Lokal Freudenberg.

Bitterfeld. Mitgliederversammlung Freitag, 14. August, abends 8 Uhr im „Gesellschaftshaus".

Delitzsch. Mitgliederversammlung Freitag, 14. August, abends 8 Uhr im „Lindenhof".

Düben. Mitgliederversammlung Sonnabend, 15. August, abends 8 Uhr im „Schützenhaus".

Kemberg. Mitgliederversammlung Sonnabend, 15. August, abends 8 Uhr im Parteilokal.

Zschornewitz-Golpa-Gröbern. Mitgliederversammlung Sonnabend, 15. Aug. abends 8 Uhr in Zschornewitz im Gasthof Rönnicke.

Schmiedeberg. Mitgliederversammlung Sonnabend, 15. August, abends 8 Uhr im „Schützenhaus".

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Crossen-Hartsburg-Wetterzeube-Breitenbach. Mitgliederversammlung Dienstag, den 11. August, abends 8 Uhr, im Gasthof Zautsch.

Kretzschau-Droyßig. Mitgliederversammlung Mittwoch, 12. August, abends 8 Uhr, in Kretzschau im Gasthof Tepel.

Crossen-Wetterzeube-Hartsburg-Breitenbach. Mitgliederversammlung Dienstag, den 11. August, abends 8 Uhr, in Sautschen im Gasthof. Bericht vom Reichsparteitag.

Zeitz. Kranzniederlegung auf dem Friedhof für die August-Gefallenen Donnerstag, den 13. August, nachmittags 5½ Uhr. Treffpunkt auf dem Altmarkt. Die Ortsgruppen Aue, Grana, Rasberg müssen geschlossen daran teilnehmen.

Zeitz-Aue-Rasberg-Grana. Mitgliederversammlung Freitag, den 14. August abends 8 Uhr, in Zeitz in der Herberge. Bericht vom Reichsparteitag.

Weißenfels-Tagewerben-Langendorf. Mitgliederversammlung Sonnabend, den 15. August, abends 8 Uhr, in Weißenfels im Hotel Monopol. Bericht vom Reichsparteitag.

Kretzschau-Droyßig. Mitgliederversammlung Sonnabend, den 15. August, abends 8 Uhr, in Kretzschau im Lokal Töpel. Bericht vom Reichsparteitag.

Unterbezirk Mansfeld

Hettstedt-Burgörner. Kombinierte Mitgliederversammlung heute, Dienstag, abend 8 Uhr in Hettstedt im „Hohenzollernpark".

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Juli-Abrechnungen. Alle rückständigen Ortsgruppen werden aufgefordert, sofort die Juli-Abrechnung einzusenden. Der letzte im Monat ist Abrechnungstermin. **Die Gauleitung.**

Ortsgruppe Halle

Alle Kameraden, die noch im Besitz von R.F.B.-Binden sind, haben diese sofort bei ihrem Abteilungs-Führer abzugeben.

Ortsvorstand, Werbebezirks- und Abteilungsführer. Donnerstag, den 13. August, pünktlich ½8 Uhr in der „Gold. Kette", Alter Markt, Sitzung.

Geschlossener Spielmannszug Mittwoch, den 12. August, abends 7 Uhr am Hettstedter Bahnhof **Treffen zum Ueben.**

Unterbezirk Saalkreis

Werbebezirk Seeben Mittwoch, den 12. August, abends 8 Uhr, bei Glaser in Seeben **Werbebezirks-Vollversammlung.** Alle Ortsgruppen haben geschlossen daran teilzunehmen. Referent der Gauleitung ist vertreten.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Dienstag, 11. August, 8 Uhr, im „Tivoli", außerordentliche Mitgliederversammlung. Karten sind mitzubringen. Vertreter der Gauleitung anwesend.

Die Ortsgruppen **Lengendorf, Gojeck, Granschütz** und **Kreischau** haben geschlossen am Dienstag, 11. August, an der Versammlung in Weißenfels teilzunehmen.

Teuchern. Dienstag, 11. August, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum", außerordentl. Mitgliederversammlung. Vertreter der Gauleitung ist anwesend.

Hohenmölsen. Mittwoch, 12. August, abends 8 Uhr, im Lokal Otto Rupsch, außerordentliche Mitgliederversammlung. Vertreter der Gauleitung ist anwesend.

Unterbezirk Zeitz

Zeitz. Dienstag, 11. August, abends 8 Uhr, in der „Herberge", außerordentliche Mitgliederversammlung. Vertreter der Gauleitung ist anwesend.

Zeitz. Der Pflichtausmarsch am Mittwoch, dem 12. August, fällt aus.

Zeitz. Jungsturm. Mittwoch, 12. August, 8 Uhr, „Herberge", Pflichtversammlung.

Zeitz. Donnerstag, 13. August, pünktlich 5½ Uhr, Antreten am Sammelplatz Altmarkt zur Kranzniederlegung für die August-Gefallenen.

Die Ortsgruppen **Rasberg, Kretzschau** und **Droyßig** haben geschlossen an der Versammlung am Dienstag, dem 11. August, in Zeitz teilzunehmen.

Theißen. Mittwoch, 12. August, abends 8 Uhr, im „Blauen Stern", außerordentl. Mitgliederversammlung. Vertreter der Gauleitung ist anwesend.

Die Ortsgruppen **Trebnitz** und **Naundorf** bei Deuben haben am **Mittwoch**, dem 12. August, an der Versammlung in Theißen bestimmt geschlossen teilzunehmen.

Unterbezirk Bitterfeld

Bitterfeld. Dienstag, 11. August, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus", außerordentliche Mitgliederversammlung. Vertreter der Gauleitung ist anwesend.

Die Ortsgruppen **Brehna, Holzweißig, Roitzsch, Ramsin, Wolfen, Landsberg, Gräfenhainichen, Zschornewitz, Sandersdorf, Friedersdorf** und **Schwemsal** haben unbedingt am Dienstag, 11. August, an der Versammlung in Bitterfeld teilzunehmen oder Vertreter zu entsenden.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Dienstag, 11. August, Uebungsstunde des Spielmannszuges.

Schkeuditz. Dienstag, 11. August, abends 8 Uhr, im „Bahnhofshotel", außerordentl. Mitgliederversammlung. Vertreter der Gauleitung ist anwesend.

Die Ortsgruppen **Glesien, Freiroda** und **Ermlitz** haben sich der Wichtigkeit halber geschlossen am Dienstag, 11. August, an der Versammlung in Schkeuditz zu beteiligen oder Vertreter zu entsenden.

Merseburg. Mittwoch, den 12. August, abends **7 Uhr Festausschuß** beim Kam. Koch, Deichstraße 35.

Merseburg. Mittwoch, den 12. August, abends 8 Uhr, in „Stadt Leipzig" sehr wichtige außerordentliche **Mitgliederversammlung.** Vertreter der Gauleitung ist anwesend.

Die Ortsgruppen **Lauchstedt, Niederclobigkau** und **Kötzschen-Beuna** haben sich am Mittwoch, 12. August, an der **Versamlung** in Merseburg zu beteiligen.

Merseburg. Am Unterbezirkstreffen in Lützen am 16. August beteiligt sich die gesamte Ortsgruppe. **Pflichtveranstaltung.** Fahrgeld 1,20 Mk. Abfahrt Sonntag früh 8 Uhr Roßplatz.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Freitag, 14. August, pünktlich 7½ Uhr, im „Lindenhof", außerordentliche Mitgliederversammlung. Gauvertreter ist anwesend. Mitgliedskarten mitbringen.

Crostitz. Die gesamte Ortsgruppe hat sich geschlossen am Freitag, 14. August in Delitzsch an der Versammlung zu beteiligen.

Zschortau. Am Freitag, dem 14. August, beteiligen sich alle Kameraden an der Versammlung in Delitzsch.

Delitzsch. Donnerstag, den 13. August, abends 8 Uhr **Sitzung des Vorstandes und aller Funktionäre** einschließlich.

Zschernitz. Die Ortsgruppe nimmt an der Versammlung in Delitzsch teil.

Unterbezirk Eilenburg

Eilenburg. Mittwoch, 12. August, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus", außerordentl. Mitgliederversammlung. Ein Gauleitungsmitglied ist anwesend.

Die Ortsgruppen **Düben, Strelln** und **Pressen** haben sich geschlossen am Mittwoch, 12. August, an der Versammlung in Eilenburg zu beteiligen.

Unterbezirk Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, 12. August, abends 8 Uhr, bei Freudenberg, außerordentl. Versammlung. Vertreter der Gauleitung ist anwesend.

Piesteritz. Mittwoch, 12. August, beteiligt sich die Ortsgruppe geschlossen an der Versammlung in Wittenberg.

Versammlungen der Roten Hilfe

Ammendorf. Dienstag, 11. August, abends 8 Uhr, im „Elstertal", Versammlung.

Bekanntmachung

Die **Versteigerung der Pfänder** mit den Pfandnummern von 37 281 bis 40 224 (Pfandscheine in grünem Druck) wird vom **8. September 1925** von **9 Uhr** vormittags an, im Leihhause, An der Marienkirche 4, stattfinden.

Versteigert werden Taschenuhren aller Art, sonstige **Gold-** und **Silbergegenstände**, ferner **Betten, Leib-** und **Bettwäsche, Schuhwerk**, neue und getragene **Kleidungsstücke** und verschiedene andere Sachen

Halle a. d. S., den 10. August 1925 2453

Das Leihamt der Stadt Halle a. d. S.

Möbel jeder Art
zu billigsten Preisen bei
B. SCHORMANN
Leipziger Straße 18
Kein Laden, Teilzahlung gestattet

Neue Kartoffeln Gemüse, Eier, Butter zu billig. Tagespreisen Verkauf tägl. ab Lager **Funkenburg**, Merseburg

Alle Bücher empfiehlt Volksbuchhandlung

Ehrenerklärung! Die von mir ausgesprochenen Beleidigungen über Herrn **Wilhelm Schäfer** nehme ich hiermit zurück und warne jeden davor, selbige nachzusprechen *2451
Hornburg, d. 4. 8. 25 **Karl Koch**

Für die Blumenspenden u. Glückwünsche zu unserem **25 jährigen Jubiläum** sagen wir allen Spendern hierdurch

herzlichen Dank

Insbesondere auch den Vereinen, die unsere Jubiläumsfeier durch ihre Mitwirkung verschönern halfen

Die Verwaltung des Bezirkskonsumvereins Weißenfels-Naumburg e. G. m. b. H.
1272

Weißenfels Am Saalestrand 1235
Heute **Schlachtefest**
Emil Illig.

Sie müssen doch mit den Massen der Konsumenten in steter Verbindung sein, wenn Sie einen schnellen und hohen Umsatz erzielen wollen. Die große Masse der Käufer rekrutiert sich aus der Arbeiterschaft, den Angestellten und Beamten. Die kommunistische Presse ist in diesen Kreisen die Führende. Benutzen Sie diese Gelegenheit zum
Inserieren!

Lichtspiele Piesteritz
Programm für Dienstag bis Donnerstag:
Zwischen Abend und Morgen
(Der Spuk einer Nacht)
Eine fesselnde spannende Handlung in 6 Akten mit Werner Krauß, Agnes Straub, Gertrud Welcker. Namen, die für ein gutes Spiel bürgen 1271
Ferner:
Bubikopf regiert
Ein zeitgemäßes Lustspiel in 5 Akten
Anfang 8 Uhr

Zurückgekehrt
Dr. Franz Walther
Hals-, Nasen-, Ohren-Arzt
Gr. Steinstr. 74 (Café Bauer)
Sprechst. 9—12, 3—5½ Uhr

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung lade ich zu einer Sitzung auf **Freitag, den 14. August 1925**, nachmittags 5 Uhr, nach dem Stadtverordnetensitzungssaale hierdurch ergebenst ein.

Tagesordnung:
1. Abordnung von Vertretern zum Provinzial-Städtetag. 2. Wahl einer gemeinschaftlichen Kommission zur Neuregelung der städtischen Müllabfuhr. 3. Satzungen der Städtischen Sparkasse. 4. Ferienheim-Ordnung. 5. Entschädigungs-Ordnung. 6. Aufnahme einer Anleihe durch die Stadtgemeinde. 7. Bürgschaftsübernahme für ein Darlehn an den Bauverein. 8. Erhöhung der Vergütung für Ueberwachung städtischer Uhren. 9. Einrichtung einer Konrektorstelle an der Mittelschule. 10. Mittelschuldeputation betreffend. 11. Beschaffung von Einrichtungsstücken für die 4. Stadtschule. 12. Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten im städtischen Krankenhause. 13. Ausbau des Infektionshauses im städtischen Krankenhause. 14. Erweiterungsbau des Stalles im städtischen Krankenhause. 15. Ausbau des Saales im städtischen Siechenhause. 16. Verkauf städtischen Geländes am Rosenweg. 17. Geländeaustausch an der Weißenfelser Straße. 18. Entlastung der Jahresrechnung 1924: a) Grundstückskasse, b) Schaedestiftungskasse, c) Wasserwerkskasse. 19. Beschlüsse der gemäß § 36 der Städteordnung eingesetzten gemeinschaftlichen Kommission. 20. Kassenprüfungsverhandlung von den Monaten Juni und Juli 1925. 21. Verhandlung über außerordentliche Prüfung der a) Stadthauptkasse mit Steuerkasse, b) Gas- und Wasserwerkskasse, c) Elt-werkskasse. 22. Anträge der Kommunistischen Stadtverordnetenfraktion: a) Gewährung von Naturalienunterstützung an streitende Bauarbeiter, b) Austritt der Stadt Zeitz aus dem Kommunalarbeitgeberverband Magdeburg. 1270

Zeitz, den 10. August 1925
Der Stadtverordneten-Vorsteher
Goldstein

Familien-Nachrichten

Statt Karten

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres Sohnes **Adolf** sagen wir hiermit allen Freunden u. Bekannten unseren **herzlichsten Dank**

Halle a. S., 10. Aug. 1925

Familie Adolf Thiersmann
2452 Talamtstraße 9

Plötzlich und unerwartet verschied vom Sonntag zum Montag nach kurzem, schwerem Krankenlager im nicht vollendeten 31. Jahre meine liebe gute Frau und Mutter

Martha Hillebrecht
geb. Bandermann

Halle, den 11. August 1925

Als trauernder Gatte nebst 2 Kindern
Robert Hillebrecht
Als Eltern und Geschwister
Albert Bandermann und Frau geb. Werge
Liesbeth Schulze geb. Bandermann
Kurt Bandermann
Charlotte Bandermann
Willy Schulze

Beerdigung wird noch bekanntgegeben 2450

Sonntag, abends 9¾ Uhr entschlief plötzlich u. unerwartet meine herzensgute Frau, unser. gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

Wilhelmine Brummerich

im Alter von 58 Jahren

In tiefer Trauer:
Herrmann Brummerich und Kinder 2454
Familie F. Reitzig
Familie E. Holtermüller
Julius Ettrotti

Die Trauerfeier findet Mittwoch, 2½ Uhr in der kleinen Kapelle des Gertrauden-Friedhofes statt. Kranzspenden dankend abgelehnt

WALHALLA-THEATER
Direktion: Adolf Vogel // Tel. 8385
Nur noch 4 Tage
*2456 das
Kolossal-Programm
wie es bisher in dieser Zusammenstellung
von keinem Varieté
gezeigt wurde
Anfang Punkt 7¾ Uhr

Zum **Erntekranzfeste** 2449
empfehle
Erntekranzschleifen, Sicheln, Harken, Sensen, Fähnchen, Pappen, Sträußer, Gedichtsbücher
in goßer Auswahl
Albin Hentze
Schmeerstraße 24

Reparaturen 2446
von Fahrrädern u. Nähmaschinen
billige Ausführung
Robert Probst
Mechaniker
Trothaer Straße 6

Möbliertes Zimmer
sofort oder mögl. bald zu mieten gesucht. Offerten an „Klassenkampf" Fil. **Bitterfeld**, Burgstraße 41

Zur Anfertigung feiner Herrengarderobe und Damenkostüme nach Maß empf. sich
Otto Bartelt
Dreyhauptstraße 7

Senföl (Fett)
sehr geeignet zum Braten und Backen, pro kg Mk. 1,10 gibt auch in kleinen Mengen an Privatverbraucher (Gefäße mitbringen) ab
2380
Sinapia A.-G. Halle-Trotha
Senf- und Essig-Fabriken
Bahnhofstraße 3

Zeitungsträger
für **Roßla a. Harz** gesucht.
Meldungen bei **K. Braumann**, Hallesche Straße 22

Zeitungsträger
für **Röglitz** per sofort gesucht.
Meldungen Verlag Klassenkampf, Lerchenfeldstraße 14

Die Beleidigung gegen A. Schrimpf nehme ich hiermit zurück 1269

E. HEPPNER
Zeitz
August-Bebel-Straße 54

Der treue Genossenschafter deckt seinen gesamten Bedarf im Konsumverein

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250811-11/fragment/page=0004
DFG

Aus den Betrieben

Die Betriebszellen der KPF. im Kampfe gegen den Marokko-Krieg

Die Kommunistische Partei Frankreichs hat nach dem 5. Kongreß energischer als irgendeine andere Sektion der Komintern die Reorganisation der Partei auf Grundlage der Betriebszellen in Angriff genommen. Anläßlich der Organisationskonferenz im März konnte die französische Delegation bereits die Beendigung der Umstellung des Pariser, Lyoner und Nordbezirkes und die Auflösung der dortigen Wohnorganisationen mitteilen. Die Reorganisation auf Betriebszellen hat der Partei Tausende von neuen proletarischen Mitgliedern zugeführt und ihren Einfluß auf die Arbeitermassen ganz wesentlich gestärkt.

Nach diesen ersten Erfolgen der Betriebszellen zeigte es sich aber, daß nun die Hauptschwierigkeit darin bestand, die Betriebszellen zu politisieren, d. h. sie mit der gesamten täglichen Parteiarbeit so zu verbinden, daß sie wirklich zur Grundorganisation der Partei werden. Die Gegner der neuen Organisationsform benützten gerade diese Schwierigkeit, indem sie darauf hinwiesen, daß die Zellen kein politisches Leben zu entwickeln imstande seien, um zu verlangen, daß neben ihnen nach lokalem Prinzip Organe geschaffen werden, die die politischen und taktischen Fragen der Partei entscheiden sollen. Es ist ohne weiteres klar, daß die Realisierung dieses Verlangens das

Genosse, der Kampf der ausgesperrten Bauarbeiter ist auch Dein Kampf! Zeige Deine Solidarität und stärke den Kampffonds.

Absterben der Zellen zur Folge gehabt hätte, denn das Schwergewicht der Parteiarbeit wäre dadurch in das Wohngebiet verlegt worden.

Daß es der Kommunistischen Partei Frankreichs seither gelungen ist, einen großen Schritt zur Politisierung der Betriebszellen zu tun, das beweist die aktive Teilnahme der Betriebszellen an der Vorbereitung und Durchführung der Arbeiterkongresse gegen den Marokkokrieg. Obwohl wir noch kein vollständiges Material über die Tätigkeit der Betriebszellen des Landes bei der Vorbereitung und Durchführung der Kampagne gegen den Marokkokrieg besitzen, so können wir doch schon aus dem vorliegenden Material schließen, daß der Erfolg des Pariser Arbeiterkongresses vom 4. bis 5. Juli in erster Linie der Aktivität der Betriebszellen zu verdanken ist. Ohne Betriebszellen wäre es der Kommunistischen Partei Frankreichs nicht gelungen, ihre Losungen gegen den Marokkokrieg so tief in die Massen der Betriebe hineinzutragen und eine so gewaltige Zahl von Proletariern gegen den neuen Krieg zu mobilisieren.

Ueber die Organisierung der Kampagne.

Wir wollen im folgenden an Hand des noch unvollständigen Materials, das uns zur Verfügung steht, einen kurzen Ueberblick über die Tätigkeit der Betriebszellen bei der Vorbereitung des Arbeiterkongresses im Pariser Bezirk geben:

Am 18. Juni gab die Leitung des Pariser Bezirkes an alle Betriebszellen folgende Weisung aus:

„Alle Zellen des Pariser Bezirkes müssen auf die Tagesordnung ihrer Zellenversammlung obligatorisch folgende Fragen stellen:

1. Der Marokkokrieg und die Steuern Caillaux';
2. Die Organisation des Arbeiterkongresses vom 5. Juli.

Sie müssen innerhalb der Fabriken aktiv arbeiten, um eine Generalversammlung des Betriebes zu organisieren zur Wahl der Delegierten zum Kongreß.

Dazu sollen sie sich an das Zirkular halten, welches das Organisationsbureau durch die Rayons allen Zellen zustellte und welches alle Details enthält.

Weiter müssen die Zellen die Herausgabe einer Betriebszeitung ins Auge fassen, die den Kongreß und seine Losungen behandelt.

Die Redakteure der Betriebszeitungen und alle Mitglieder der Rayonpressekommissionen müssen sich zur Sitzung der Redakteure der Betriebszeitungen einfinden."

Die von der Partei gemeinsam mit der CGTU., der KJ. und den gemesenen Kriegsteilnehmern gebildeten proletarischen Einheitskomitees in den Betrieben entwickelten eine außerordentlich rege Tätigkeit. Ein Auszug aus einer Resolution einer Versammlung, die vom proletarischen Einheitskomitee der Fabrik Barbier in Ormaing einberufen wurde, zeigt am besten, daß es den Betriebszellen gelang, alle Arbeiter des Betriebes durch dieses Komitee zusammenzufassen; die Resolution sagt u. a.:

„Die Versammlung der Arbeiter der Fabrik Barbier stellt nach der Bildung des Vorstandes ihres proletarischen Einheitskomitees mit Freude fest, daß in ihm gemerkschaftlich und nicht gewerkschaftlich Organisierte, kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter vereinigt sind, und daß auf diese Weise die Einheit aller Opfer der Unternehmer hergestellt ist, welche allein den Sieg der Arbeiterforderungen garantieren kann, gegen den ausbeuterischen Kapitalismus und den kapitalistischen Staat, welcher die Diktatur der großen Produzenten über die Konsumenten ausübt.

Die Generalversammlung der Fabrik Barbier erklärt, daß der Vorstand ihres proletarischen Einheitskomitees außer der Verteidigung der unmittelbaren Interessen der Arbeiter der Fabrik den Auftrag erhält, die Initiative zur Einberufung einer Versammlung der schon bestehenden Einheitskomitees zu ergreifen, um eine lokale und dann eine regionale Union der proletarischen Einheitskomitees zu bilden, die alle Ausgebeuteten, ohne Unterschied der Partei- oder Gewerkschaftszugehörigkeit zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus, sammeln und für die Verwirklichung der Gewerkschaftseinheit arbeiten soll."

Im Stadtbezirk von Paris allein fanden in der ersten Woche nach der Ausweisung der Pariser Bezirksleitung (21. bis 27. Juni) 85 Betriebsversammlungen statt, die alle der Vorbereitung des Arbeiterkongresses dienten. Die Versammlungen waren ausnahmslos gut besucht. Den gleichen Erfolg hatten die zahlreichen Betriebsversammlungen in den Pariser Vororten (z. B. in Bilancourt, Fabrik Salmson 2500 Arbeiter; Issy, Autofabrik Citroen 2000; Ivry, Kugellagerfabrik 2500 Arbeiter usw.).

Schon die Informationskonferenz vom 24. Juni, die das Aktionskomitee zur Orientierung der Arbeiter über den Zweck des Arbeiterkongresses einberief, zeigt klar, daß die Betriebszellen durch die proletarischen Einheitskomitees wirklich die Losungen in die Massen getragen hatten. Es waren 1200 Delegierte erschienen, davon: 205 Kommunisten, 84 Sozialdemokraten, 325 Mitglieder der unitarischen Gewerkschaften, 96 Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften, 118 Mitglieder der gewesenen Kriegsteilnehmer, 140 Mitglieder verschiedener Organisationen (Sportorganisationen usw.), 130 Parteilose.

Besser noch als die Informationskonferenz zeigte dann aber der Pariser Arbeiterkongreß selbst, daß durch die Tätigkeit der Betriebszellen und der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen die Parolen des Aktionskomitees in die Massen getragen worden waren. Auf dem Kongreß waren 1443 Delegierte, die 705 412 Arbeiter vertraten. Davon waren 130 Sozialdemokraten, 165 reformistische Gewerkschafter, 160 Parteilose, 312 Kommunisten, 484 unitarische Gewerkschafter, 77 Mitglieder der autonomen Gewerkschaften und 175 Sympathisierende.

Der Erfolg des Pariser Arbeiterkongresses zeigt, daß die Betriebszellen nicht nur imstande sind, alle Aufgaben der Partei durchzuführen, sondern, daß es nur durch die Betriebszellen und die kommunistischen Fraktionen wirklich gelingt, große Arbeitermassen für die Parolen der kommunistischen Partei zu mobilisieren.

Aus der Mansfeld A.-G.

Wohnungsverhältnisse bei der Mansfeld A.-G.

Auf den Werken der Mansfeld A.-G. ist am Schwarzen Brett am 5. August eine Bekanntmachung angeschlagen:

„Durch die Stillegung verschiedener Kohlenzechen im Ruhrgebiet werden die Bergarbeiter nach den Bergwerken Mitteldeutschlands überwiesen. Wer nun von den Belegschaftsmitgliedern Leute in Logis nehmen will, hat dies seinem Betriebsführer zu melden. Er bekommt eine Bettstelle, Strohsack und zwei wollene Decken geliefert."

Arbeiter der Mansfeld A.-G.! Es ist unbedingt notwendig, daß man zu diesem Aushang Stellung nimmt. Wir haben natürlich nichts gegen die Einstellung von Arbeitslosen in den Betrieben, ganz im Gegenteil! Aber es sind folgende Fragen aufzuwerfen:

1. **Warum werden die Zechen im Ruhrgebiet stillgelegt?**
2. **Ist es möglich, bei der im Mansfeldischen herrschenden Wohnungsnot in den Häusern der Belegschaft noch Leute unterzubringen?**

Zur ersten Frage kurz folgendes: Hier ist wieder einmal der Beweis, wie die Arbeiter immer wieder belogen und betrogen werden. Was ist nicht alles darüber gesagt worden, daß die Verhältnisse im Ruhrgebiet sich bessern würden, wenn das besetzte Gebiet erst von den Franzosen geräumt ist. Statt dessen wird es immer schlimmer, und gerade die letzten Tage haben gezeigt, wie die Grubenbarone in allen Ländern, weil eine internationale Kohlenkrise vorhanden ist, systematisch die Lasten auf die Arbeiter abwälzen und gegen die jetzt schon viel zu niedrigen Löhne vorgehen, die Arbeitszeit verlängern und die soziale Fürsorge immer weiter abbauen. **Was heute im Ruhrgebiet ist, wird morgen uns im mitteldeutschen Kohlenrevier auch treffen,** wenn auch ein großer Umwälzungsprozeß in der ganzen Brennstoffwirtschaft sich vollzieht und im Braunkohlengebiet zurzeit Konjunktur herrscht. Aber wenn solch ein Umwälzungsprozeß ist, dann müßten doch ganz selbstverständlich die Unternehmer und die Regierung alles tun, um für die Arbeiterschaft Hilfe zu schaffen. Damit kommen wir zur zweiten Frage.

Jedermann weiß, daß **in Eisleben wohl die allerschlechtesten Wohnungsverhältnisse** herrschen. Da die Mansfeld A.-G. mindestens 600 Häuser ihr eigen nennt und an ihre Arbeiter vergeben hat, so können diese Bewohner trotz der schlechten Verhältnisse ihre Wohnung nicht wechseln. Und nun verlangt die A.-G. sogar, daß in diese Räume noch Bergleute, die von auswärts kommen, aufgenommen werden! Da hätten **doch wohl die Schlafhäuser und Baracken der A.-G. in Ordnung gebracht werden müssen!** Aber da hütet sich die Direktion und sagt sich: Wir bringen einen Aushang an, und es werden sich schon Dumme finden.

Die Arbeiterschaft darf sich durch die Klagen der A.-G. über ein schlechtes Geschäftsjahr nicht beirren lassen — wenn die großen Unternehmen nicht mehr rentabel sind, so ist das ein Beweis, wie notwendig es ist, daß die Arbeiterschaft die Grundlagen für den sozialistischen Gesellschaftsaufbau erkämpft. **Geschlossen muß sie gegen diese Wohnungsverhältnisse** Sturm laufen und, zusammen mit den zugezogenen Arbeitern, die Herstellung guter Räume für diese Arbeiter erkämpfen.

Saigerhütte Hettstedt

Die Saigerhütte ist nicht etwa eine Hütte, wo Erz verhüttet wird, sondern eine **Eisengießerei und Maschinenfabrik.** Hier werden die reparaturbedürftigen Maschinen der Mansfeld A.-G. repariert und zum Teil auch neue Maschinen hergestellt. Der gesamte Betrieb zerfällt in fünf Abteilungen: Schlosserei, Schmiede, Dreherei, Gießerei und Modelltischerei. Die **Arbeitszeit** beträgt für sämtliche Abteilungen **zehn Stunden ausschließlich Pausen,** eine halbe Stunde Frühstück und eine Stunde Mittag, so daß man 11½ Stunde an den Betrieb gefesselt ist. Hinzu kommt noch der Weg von und zur Arbeitsstätte, der bei einem Teil der Arbeiter eine Stunde für eine Tour ausmacht, so daß zirka 14 Stunden herauskommen.

Der Lohn beträgt durchschnittlich 4 bis 5 Mk. pro Schicht, es sind auch einige, die mehr verdienen. Die Gießerei hat Stückakkord. Gerade bei diesem Stückakkord wird der Akkordsatz so niedrig gehalten, daß die Former sich umbringen können und doch kein Geld verdienen. Aus diesem Grunde hat ein großer Teil der Arbeiter, und nicht der schlechteste, den Betrieb für immer verlassen. Obwohl **über 100 Arbeiter aufgehört** haben, ist die Zahl der Angestellten die gleiche geblieben. Außerdem haben **die Angestellten noch die 48-Stundenwoche** und den freien Sonnabendnachmittag.

Von der 300 Mann starken Belegschaft sind 87 Mann freigewerkschaftlich organisiert. Ungefähr 40 Mann gehören den vaterländischen Verbänden an. Alles übrige gehört zu dem großen Heer der Unorganisierten und will mit keiner Organisation etwas zu tun haben. Die meisten Kollegen sind aus Verärgerung aus den Verbänden herausgetreten und erklären, so lange noch die Reformisten die Gewerkschaften in Händen haben, gingen sie nicht wieder in den Verband. Wir Kommunisten bieten natürlich alle Kräfte auf, um den Kollegen klarzumachen, daß die Gewerkschaften niemals von selbst anders werden, sondern nur, **wenn wir alle aktiv an dieser Umgestaltung mitarbeiten. Großes Interesse hat man an der Ruhland-Delegation,** und wir hoffen, daß wir dem festigen Boden etwas abringen, wenn die Delegation wieder zurück ist.

Der Unternehmer hetzt die Polizei gegen die Arbeiter

Die Zustände in der **Eisengießerei und Maschinenfabrik Hoddick & Röthe** in Weißenfels verdienen einmal an die Oeffentlichkeit gezogen zu werden. Der Direktor Rizs bildet sich dort als richtige Ordnungsbestie aus. Nicht genug, daß diese Bude in der letzten Zeit ein Taubenschlag geworden ist, weil die Kollegen die überspannte Ordnung nicht vertragen können. Wenn Herr Rizs mit seinen Stechaugen die Arbeitsräume betritt, läuft dem Arbeiter schon ein Schauer über den Rücken. Das größte Heldenstückchen leistete er sich, als ein Dreher vor einigen Tagen eine Stunde später kam, was er aber seinem Meister ordnungsgemäß vorher gemeldet hatte. Herrn Rizs war das noch nicht genug Ordnung, er stürzte auf den Arbeiter und stellte ihn zur Rede mit den Worten: „Ich verlange Ordnung." Wahrscheinlich hat der ordnungstriefende Direktor soviel geredet, bis dem Dreher die Nerven durchgingen und er ihm andeutete, daß er sich fortmachen solle, sonst passiere noch etwas.

Das war natürlich gegen „die Ordnung", und sofort wurde **die Polizei geholt,** um den Kollegen aus dem Betriebe zu befördern. Der republikanische Ordnungshüter mußte dem aufgebrachten Herrn Direktor erklären, daß das nicht so ohne weiteres ginge. Der Polizeibeamte sollte nun aber so lange an dem Eingang warten, bis die Formalitäten zur Entlassung fertig wären.

Spezieller Freund des Herrn Rizs ist auch das zweite Oberhaupt von Weißenfels, der diesen lästigen Ausländer (der aber nicht ausgewiesen wird — das passiert nur Proleten!) wahrscheinlich bei den Ausfahrten nach Leipzig mit dem Deutschtum vertraut machen soll.

Kollegen, sollen wir uns das noch länger gefallen lassen? Wo war denn hier der Betriebsrat?

Kollegen, wir müssen den Betriebsrat beauftragen, einmal ein richtiges Wort zu reden, dabei uns hinter ihn stellen und uns restlos der Gewerkschaft wieder anschließen.

Macht Eurer Passivität ein Ende! Zurück zum Klassenkampf! Reiht Euch in die rote Front ein!

Streik in der Tonröhrenfabrik Dommitzsch

Bereits über eine Woche steht die Belegschaft der Tonröhrenfabrik im Streik wegen Aufbesserung ihrer Hungerlöhne. 49 Pfennige mehr bis vor dem Streik der Stundenlohn. Die Arbeiterschaft hatte sich dieses Spiel lange genug mit angesehen, bis der Geduldsfaden endlich riß. Die Direktion erklärte, keinen Pfennig geben zu können, der Herr Direktor aber kann mit seiner Gattin sechs Wochen ins Bad fahren!

Ihr Arbeiter, seht Ihr auch so gesund aus wie jene Herrschaften, geht Ihr nicht fast alle krumm, schief und lahm zur Arbeit? **Steigt nicht von Tag zu Tag der Lebensunterhalt? Wird das alles nicht** noch viel krasser, wenn die Steuern und Zölle sich erst richtig auswirken? **Arbeitskollegen, jetzt jetzt!** Ihr habt die volle Sympathie der gesamten Dommitzscher Arbeiterschaft. Wie Ihr geschlossen auftretet und mit Hacke und Schaufel ankommt, stärkt auch die anderen Arbeitskollegen. Es hat den Herren nichts genützt, daß sie Euch aufforderten, die Papiere zu holen, um die feste Streikfront zu zerschlagen. Wenn auch ein paar Stiefellecker als Streikbrecher sich dem Kapital vor die Füße geworfen haben, um den **Kapitalismus** zu retten — auch sie werden noch zu der Erkenntnis kommen, daß nur Schulter an Schulter mit den Arbeitskollegen eine **Verbesserung** unserer Lebenslage herbeigeführt werden kann.

Auch zwei Hallenser Jugendliche haben sich durch den Arbeitsnachweis als Streikbrecher anwerben lassen. Sollte der Streik nicht bald beigelegt werden, so werden an diese sämtliche Namen der Streikbrecher veröffentlicht werden. [illegible] in Eurem gerechten Kampf für Freiheit und Brot!

Stadtgut Böllberg bei Halle

Auf **Stadtgut Böllberg** herrschen nette Zustände. Besonders der Inspektor Schuster zeichnet sich durch Mißhandlung der dortigen Landarbeiterinnen aus. Eine alte Frau z. B., die für die Strohpresse arbeiten mußte und die großen Strohbündel mit der Forke einfach nicht mehr tragen konnte, wendte sich an den Inspektor wegen einer anderen Arbeit und wurde mit den übelsten Ausdrücken abgefertigt. Einer anderen Landarbeiterin wollte derselbe Herr das Sozialabzeichen abreißen, was sich diese Arbeiterin aber nicht gefallen ließ. Besonders schlimm sind auf diesem Gut die **Lohnverhältnisse.** Wir fügen hier die Lohntüte einer Arbeiterin bei, die von der letzten Woche her datiert, wo es einige Tage geregnet hatte:

Lohn-Abrechnung vom 21. 7. bis 6. 8. 1925
für .....

4¼ Tage	6,57 Mk.	à 1,55	
2 Stunden	0,31	„ à 0,15½	
4 Ueberstunden	1,04	„ à 0,26	
	7,92		Sa. 7,92
Zuzüglich Sachbezüge	1,12		
Mithin Gesamtverdienst	9,04		
Hiervon Ant. zur Inval.-Vers.	0,10		
„ „ „ Krankenkasse	0,42		
„ „ „ Erwerbsl.-F.	0,05		
			0,57
Verbleibt auszuzahlen Mk.	7,35		

Selbst bei schönstem Wetter und angestrengtester Arbeit den ganzen Tag über von morgens früh an verdient eine Landarbeiterin in einer Woche nicht mehr als 10 Mk. Die Frau, die uns diese Lohntüte brachte, hat dazu noch ein Kind zu ernähren. Was sagen die hallischen Stadtväter zu diesen skandalösen Zuständen, und was tun die Arbeiterinnen selbst, um hier Remedur zu schaffen?

Achtung, Betriebsräte!

Der „Arbeiterrat", Nr. 13, ist soeben erschienen und durch die Parteileitungen oder direkt vom Verlag Siegfried Nöbel, Berlin, Melchiorstraße 15, zu beziehen. Aus dem Inhalt heben wir besonders hervor: Betriebe ohne Betriebsräte. — Der Kampf um das Schlichtungs- und Tarifwesen. — Rechtsprechung. — Produktive Krankenfürsorge — Ziffern zur Wirtschaftslage.

Genossen, Kollegen, lest und verbreitet den „Arbeiterrat"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250811-11/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Die hallische Geburtenstatistik

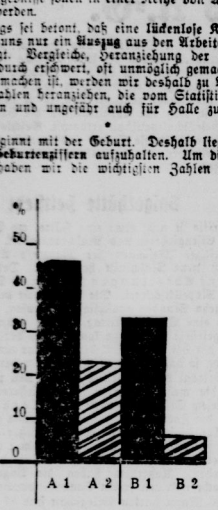
P. Br. Im achten Monat des Jahres veröffentlicht das Statistische Amt der Stadt Halle die Ziffern der Bevölkerungsbewegung aus den ersten drei Monaten. Wenn es auch Leute geben soll, die glauben, daß die Veröffentlichung schneller herausgegeben werden kann, so ist doch hier nicht der Ort, um sich mit der Arbeitsintensität amtlicher Stellen auseinanderzusetzen; das wird anderweitig reichlich und sachgemäßer besorgt.

An dieser Stelle ist es lediglich unsere Aufgabe, sich sachlich mit den Ergebnissen des Bulletins zu befassen. In großen Umrissen taten wir das bereits anläßlich des Erscheinens der statistischen Mitteilungen für das letzte Vierteljahr 1924 („Klassenkampf" Nr. 99 vom 15. Mai 1925). Die Kritik, die wir damals übten, soll nunmehr wiederholt und verschärft werden. Dazu ist nötig, daß wir die einzelnen Gebiete der Erhebungen getrennt untersuchen. Die Untersuchungsergebnisse sollen in einer Reihe von Artikeln wöchentlich behandelt werden.

Gleich eingangs sei betont, daß eine **lückenlose Kritik nicht möglich** ist, so lange uns nur ein **Auszug** aus den Arbeiten der hallischen Statistik vorliegt. Vergleiche, Heranziehung der Vorkriegszahlen usw. werden dadurch erschwert, oft unmöglich gemacht. Wo es gar nicht anders zu machen ist, werden wir deshalb zu Vergleichen stets die Prozentualzahlen heranziehen, die vom Statistischen Reichsamt errechnet wurden und angeführt auch für Halle zutreffen werden.

•

Das Leben beginnt mit der Geburt. Deshalb liegt es nahe, uns zuerst bei den **Geburtenziffern** aufzuhalten. Um die Orientierung zu erleichtern, haben wir die wichtigsten Zahlen bildmäßig dargestellt.



A: Industrielle und landwirtschaftliche Arbeiter, Hauspersonal.
B: Übrige Bevölkerung.
1. Eheliche Geburten (schwarze Fläche);
2. Uneheliche Geburten (schraffierte Fläche).

Im allgemeinen nimmt man den **Anteil der arbeitenden Bevölkerung** an der Gesamtbevölkerung mit 80 Prozent an. Für die **Industriestadt** Halle ist dieser Prozentsatz sicherlich nicht zu hoch gegriffen. Aus der Tabelle geht also hervor, daß die 80 Prozent starke Bevölkerungsklasse nur mit 65 Prozent (einschließlich der unehelichen) an der Geburtenziffer beteiligt ist. Die besitzende Klasse kann sich den Luxus leisten, mehr Kinder in die Welt zu setzen. Dabei ist zu beachten, daß das Hilfsmittel der Abtreibung gerade von den Letztgenannten stark in Anspruch genommen wird, daß man also bei ihnen von freiwilligen Geburten eher reden kann als in den Kreisen der Proletarier, denen nicht die Mittel in die Hand gegeben sind, den berüchtigten Paragraphen 218 zu umgehen. Wenn sie es dennoch tun, so unter Lebensgefahr, da ihnen kein hochbezahlter Spezialarzt durch die Maschen des Gesetzes hilft.

Auch das **Verhältnis zwischen ehelichen und unehelichen Geburten** wird durch die Tatsache aufgezeigt. Die **Proletengruppen zeugen ein Drittel** ihrer Nachkommenschaft außerhalb der legitimen Grenzen, die **übrigen Gruppen nur ein Achtel.** Das ist nicht verwunderlich! Ist es doch **seit Jahren** dem Proleten vollkommen unmöglich, eine eigene Familie zu gründen. Wovon sollte er die Anschaffungskosten für Möbel, Wäsche usw. bestreiten, woher soll er eine Wohnung — davon reden wir noch später — nehmen? Er ist also darauf angewiesen, seine ehelichen Funktionen da auszuüben, wo für den Bürger das „Liebesabenteuer" beginnt, das er vielleicht am Herrenabend schmunzelnd zum Besten gibt, bei dem er peinlich darauf achtet, daß die „Schweinerei" keine „Folgen" zeitigt.

Derselbe Bürger gerät aber in Raserei, wenn er hört, daß die Steigerung der unehelichen Geburten im Proletariat gegen die Vorkriegszeit 57 Prozent beträgt. Er sieht darin die Gefährdung der heiligsten Güter der Moral, die Lockerung der Familienbande, die Aenderung der Erziehungsgrundlagen. Und er hat Recht, das zu befürchten; denn ein Mensch, dem vom ersten Lebensjahre an gezeigt wird, daß der „Mutel" der Vaterlosigkeit, wie der bürgerliche Sprachgebrauch es ausdrückt, an ihm haftet, weiß, daß für ihn in der Gesellschaft kein Platz ist, daß er seinen Platz in den Reihen des klassenbewußten Proletariats hat, das um die Befreiung der minderberechtigten Majorität kämpft.

Daß die außerehelichen Kinder nicht einmal die geringe Pflege der ehelichen genießen können, ist selbstverständlich. Schon im **embryonalen Zustande wird ihnen die notwendigste Grundlage zur Bildung lebensfähiger Gewebezellen entzogen.** Muß doch die proletarische Mutter bis zur Stunde der Geburt an der Maschine stehen, wenn sie auch nur die geringsten Mittel zur Ernährung haben will. **Die geringsten Mittel:** denn es reicht nicht einmal zur Lebenshaltung der **gesunden** Frau, wie viel weniger zur notwendig besseren und reichlicheren der **werdenden Mutter.**

So kommt das Kind bereits unterernährt zur Welt.

Daß das auf Gesundheitszustand und Kindersterblichkeit nicht ohne Einfluß sein kann, braucht nicht erst bewiesen zu werden. In welchem Maße aber diese Einflüsse wirken, erzählt die Statistik mit erschreckender Deutlichkeit. Wir wollen im nächsten Aufsatz darüber Näheres erfahren.

Wie können die Frauen ihre Solidarität mit den ausgesperrten Bauarbeitern beweisen?

Zu Montagabend hatte die Zentralstreikleitung eine Versammlung der Frauen der ausgesperrten Bauarbeiter nach dem „Volkspark" einberufen. Der Besuch — 70 Frauen und 30 Männer — zeigte, daß leider noch längst nicht alle Arbeiter und Arbeiterfrauen erkennen, welche wichtige Rolle gerade auch den Hausfrauen in den Arbeiterkämpfen zukommt, sonst hätten, trotz der großen Hitze, die Tausende der Ausgesperrten ihre Frauen beeinflußt, daß sie zu der Versammlung gingen.

Genossin Rasch sprach über die Notwendigkeit, daß die Frauen die Bedeutung der ständigen, breiten Unternehmer-Offensive und als eine Maßnahme in diesem Rahmen die Bauarbeiteraussperrung begreifen. Eine der aktivsten Kampfestruppen der Arbeiterklasse soll niedergeschlagen, in ihren Arbeitsbedingungen zurückgeworfen werden, damit die gesamte Arbeiterschaft von neuem mutlos gemacht, **alle die täglich sich steigernden Lasten des Dawes-Planes ohne Widerstand auf ihre Schultern nimmt.** An Hand der Zoll- und Steuervorlage zeigt die Referentin auf, daß es im kapitalistischen Staate keine „gleiche Lastenverteilung" und „Opfer von allen Schichten der Bevölkerung" gibt, sondern daß die Unternehmer kraft ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht allen Druck auf die werktätigen Massen abwälzt. Auf Grund der internationalen Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit ist der einzige Weg, daß die Arbeiterschaft aus dem Elend herauskommt, daß eine wirkliche Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse herbeigeführt wird, der Weg, den die russischen Arbeiter und Bauern gegangen sind, die eine wirklich planmäßige Wirtschaft aufbauen, in der nicht der engstirnige Profitgesichtspunkt einzelner Kapitalisten oder Kapitalistengruppen mehr maßgebend ist, und die für diesen Aufbau die Staatsgewalt in die Hände der Arbeiterklasse erkämpft haben.

Es kommt zum Wohle der gesamten Arbeiterklasse wie auch jeder einzelnen Arbeiterfamilie darauf an, **daß die Bauarbeiterfront nach wie vor besteht,** daß die ausgesperrten Bauarbeiter ihre Forderungen durchsetzen, was bei der Abbröckelung der Unternehmerfront und bei der Kampftradition der Bauarbeiterschaft durchaus möglich ist. Würde die Bauarbeiterfront zerwürbt, so würden die Kapitalisten erneut und verschärft die Arbeiterschaft in ihrer ganzen Lebenshaltung herabdrücken. Das müssen gerade die Frauen erkennen, sie müssen **die Streikversammlungen zusammen mit ihren Männern besuchen,** damit sie selbst die Berichte aus dem ganzen Reich und die Beschlüsse hören, damit sie von der höchsten Seite der Arbeiterschaft, **der Klassensolidarität** mit beseelt werden. Sie können ungeheuer viel leisten, wenn sie auf der Straße, in den **Läden, überall wo sie mit Arbeiterfrauen und Arbeitern zusammenkommen,** über diese Solidarität und die große Bedeutung des Kampfes sprechen und **aufklärend wirken.** Sie sollten sich Sammellisten der IAH. holen und eifrig in ihren Kreisen auch für aktive Unterstützung der Kämpfenden werben.

Die Streikleitung wird bald wieder eine solche Versammlung einberufen, die, durch die Mithilfe der gesamten Arbeiterschaft und der Frauen, die gestern gekommen waren, hoffentlich einen noch viel besseren Besuch aufweist.

Die Vierleiche Kasparek's in der Verfassungsnacht

Einige Rote Frontkämpfer schreiben uns folgenden Bericht zu dem Abschluß des Republikanertages in Halle, den sie zusammen mit Herrn Kasparek erlebt haben und auf den wir schon gestern kurz eingegangen sind.

„Wir hatten die Freude, uns am 9. August mit einem Herrn Kasparek im „Volkspark" zu treffen. Mehrere ältere RFB.-Kameraden diskutierten schon mit Herrn Kasparek im „Volkspark" am Büfett. Herr Kasparek hatte schon unheimlich viel getrunken. Ein Kamerad von uns fragte Herrn Kasparek: Er solle uns doch einmal die Republik erklären. Darauf meinte er, mit einem solch **„bolschewistischen Klassengelumpe"** könne er nicht über die Republik reden, sondern nur mit vernünftigen Sozialdemokraten. Weiter fragten wir ihn, wer denn die kämpfenden Proleten beim Kapp-Putsch verraten hätte. Herr Kasparek sagte: **Das habe ich getan, weil mir Max Hölz mein Auto gestohlen hat.** Er als Landrat könne im Auto fahren, **aber kein bolschewistischer Max Hölz.** Unsere Antwort darauf war ein dreifaches Hoch auf Max Hölz, und der sinnlos Betrunkene quickte mit seinem Frei-Heil dazwischen. Da die anwesenden Reichsbannerleute, trotzdem Kasparek mit ihnen zusammen gehen wollte, kaum Notiz von ihm nahmen, versuchte Herr Kasparek, sich aufs Schmeicheln mit den Roten Frontkämpfern zu verlegen und bot uns Alkohol an, was wir jedoch ablehnten. Sodann **forderte Herr Kasparek für sich, als einem alten Revolutionär,** der schon in Friedenszeiten 40 Ortsgruppen der SAJ. gegründet habe, **größte Hochachtung. Herr Kasparek wollte sich hochleben lassen,** jedoch beantworteten wir dies damit, daß wir Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hochleben ließen.

Inzwischen war es Polizeistunde geworden und der „Volkspark" wurde geschlossen. Als wir mit Kasparek ins Freie gelangten, wurde sein **Zustand immer schlimmer.** Er stellte sich in der Kleinen Gosenstraße, gegenüber dem Bierladen, hin und sagte: **„Er müsse jetzt mal die Planks mit seinem republikanischen Wasser bepinkeln".** Da er solchen Krach machte, kam der Besitzer des Bierladens heraus, **der sich über die Schweinerei des Herrn Kasparek auf das äußerste empörte. Es ist selbstverständlich, daß wir uns alle Mühe gaben, die Schweinereien des Herrn Kasparek zu vermeiden.** Daraufhin benahm er sich uns gegenüber ganz unsittlich, so daß wir ihm einige leichte Klapse verabreichen mußten, um ihn wieder einigermaßen wenigstens auf eine sittliche Höhe zu heben. Darauf wimmerte er nur immer wieder: „Frei Heil! Frei Heil! Frei Heil!" Herr Kasparek war inzwischen so hilflos geworden, daß er nicht ein, noch aus wußte. Er trächzte: Wir RFB.-Kameraden sollen ihn doch mitnehmen, denn die schwarzrotgoldenen Brüder hätten ihn alle im Stich gelassen und er **würde dafür den Roten Frontkämpfer-Kameraden auch ein gutes Zeugnis im „Volksblatt" am Montag ausstellen.** Sein Geschrei wurde indessen auf der Straße so stark, daß sich **überall die Fenster öffneten,** um das Schauspiel des Reichsbannerhauptmannes und „Volksblatt"-Redakteurs zu genießen. Schließlich brachten wir unseren Kasper bis zur Ecke Ludwig-Wucherer- und Reilstraße. Hier übergaben wir ihn **mehreren Stahlhelmleuten,** welche gerade des Weges kamen. Damit fand der republikanische Verfassungstag für uns RFB.-Kameraden seinen Abschluß. Es wurde allerdings auch Zeit, denn es war inzwischen schon hell geworden.

Schikane und Ausbeutung bei der Reichsbahn

Vor nicht langer Zeit veröffentlichten wir die Klagen eines Arbeiters darüber, daß bei der Kontrolle der Wochenfahrkarten immer gleichzeitig die Fahrtausweise verlangt werden. Die Arbeiter empfinden das mit Recht als unnötige Belästigung, und die Reichsbahndirektion Halle-Merseburg gibt zu, dieses Empfinden vollkommen zu verstehen. Sie übersendet uns zu dem veröffentlichten Vorgang ein Schreiben, in dem sie mitteilt, daß es zwar als Tarifbestimmung Vorschrift sei, auch die Fahrtausweise zu verlangen, fügt aber hinzu:

„Selbstverständlich soll die Kontrolle nicht so gehandhabt werden, daß auch der Antrag bei jeder Fahrkartenprüfung abverlangt wird. Das wäre eine Erschwerung, die auch wir nicht billigen könnten."

Eines Tages, bevor die Pressestelle der hiesigen Reichsbahndirektion uns diesen Beweis von Loyalität lieferte, ereignete sich ein Vorfall, der dieser Loyalität geradezu ins Gesicht schlägt.

Ein Arbeiter, der von Wolfen nach Halle fuhr, wurde auf der Fahrt wegen der Wochenkarte kontrolliert. Gleichzeitig wurde der Fahrtausweis verlangt. Da der Kontrolleur in Zivil war und nur eine Mütze aufhatte, glaubte der Fahrgast die Vorzeigung des Ausweises ablehnen zu können. Darauf stiegen in Brehna drei weitere Beamte ein, einer in Zivil und zwei in Uniform, darunter der Bahnhofsvorsteher von Brehna. Sie zerrten den Arbeiter hin und her und schlugen auf ihn ein. Der Zugrevisor, der übrigens Hartung heißt, hatte wahrscheinlich telephonisch die Polizei verständigt, und so erschien auch am Bahnhofseingang in Halle ein Schupobeamter, der den Fahrgast festnehmen wollte. Es mußte jedoch festgestellt werden, daß der **Fahrtausweis vollkommen in Ordnung war.**

Diese Methode der sogenannten Zugrevisoren treibt wahrhaftig üble Blüten. Das Ganze läuft darauf hinaus, daß sich diese „Beamten", die nicht einmal in Uniform gehen, Polizeigewalt anmaßen und ungefähr als Kriminalbeamte auftreten. Es liegt natürlich an dem herrlichen Morgan-Dawes-System, das bei der Reichsbahn eingeführt ist, und das schon so weit geführt hat, daß irgendwelche völkischen Heldenjünglinge, die bei der Technischen Nothilfe waren, sich Kontrollbefugnisse anmaßen.

Hier hat man anscheinend furchtbar viel Geld für Personal bei der Reichsbahn, während auf der anderen Seite feststeht, daß diejenigen, die wirklich arbeiten — nein, **schuften** — müssen, aufs traurigste entlohnt werden.

Interessant in dieser Hinsicht ist ein Artikel im demokratischen **„Berliner Tageblatt"**, der voll Entsetzen davon spricht, daß die Lokomotivführer und Heizer in geradezu entwürdigender Weise ausgebeutet werden. Das „B. T." muß feststellen:

„Die Mannschaft dieser Schnellzugslokomotive hat ihren Dienst gegen 12 Uhr mittags begonnen. Sie fuhr mittags einen Schnellzug ab Magdeburg nach Halberstadt, dann von dort gegen ½5 Uhr den Schnellzug nach Berlin, der gegen ½8 Uhr auf dem Potsdamer Bahnhof eintrifft, und fährt jetzt, immer mit der gleichen Maschine, den Berlin-Kölner Nachtschnellzug bis Magdeburg, wo sie um Mitternacht eintreffen werden. Die beiden Männer haben also einschließlich einer Pause von etwa einer Stunde in Halberstadt und einer weiteren von zwei Stunden in Berlin, **zwölf Stunden auf ihrer Lokomotive zu stehen.** Dazu kommen noch eine Stunde Arbeit für die Instandsetzung der Maschine zur Fahrt und eine Stunde Abrüstung nach der Rückkehr in Magdeburg, so daß die beiden Männer also **einen vierzehnstündigen Dienst** tun, der nur von zwei Pausen unterbrochen wird. Aber auch die beiden Pausen sind nicht reine Ruhezeit, da die Maschine nachgesehen, Wasser genommen, rangiert werden

Keine Rettung mehr möglich

Wenn man in den Ufa-Lichtspielen, Alte Promenade, den Film: „Die Frau von vierzig Jahren" ansieht, glaubt man zuerst, hier sei endlich einmal die großangelegte Satire auf die bürgerliche Ehe geschrieben. Drei Akte hindurch freut man sich unbändig über die glänzende Darstellung einer Familie mit Hausfreund und zwanzigjähriger in der Pension zu Lausanne lebende Tochter, wo mit unnennbarer Geschicklichkeit alle Schwächen, Lächerlichkeiten und Zusammenbrüche des ganzen Milieus „Bürgerhaus" aufgerollt werden. Aber dann wird's kitschig. So kitschig, daß man gar nicht für möglich hält, der Autor habe das beabsichtigt. Und dann wartet man, enttäuscht darüber, daß die letzten drei Akte nicht halten, was die ersten versprachen, wenigstens auf den gutbürgerlichen Schluß, in dem sich die Spießerseelen wieder vereint und in Treue fest zusammenfinden. Aber auch das geschieht nicht. Alles ist ein psychologischer Mischmasch. Unwahrscheinlichkeit und Verzerrung des Gewollten reichen sich die Hand. Je mehr man zum Schluß kommt, um so weniger weiß man, was der Film-Autor — es handelt sich um einen französischen Film — eigentlich gewollt hat. Er hätte als Lustspiel — als wirklich großes Lustspiel — glänzend durchgeführt werden können. Denn es wird meisterhaft dargestellt: wie die Frau von vierzig Jahren weder an ihrem gutsituierten aber alternden Gatten, noch an dem sie vierzehn Jahre lang jeden Tag zum Tee bittenden Hausfreund Gefallen findet. Wie sie mit einem jungen Kerl, Marke Harry Liedtke, durchbrennt und alles schmachtend komisch ist. Aber dann kommt, wie gesagt, der Knick in der Handlung, und es ist aus. Rettung ist für den bürgerlichen Film nicht mehr möglich. Es traut sich keiner an Probleme ran, weil der satte Spießer sich nicht seinen Untergang auch noch darstellen lassen will. Um so mehr wird ihn der erleben, der mit der Klasseneinstellung gegen die Bourgeoisie hingeht und, wie überall, auch im Kino den Beweis sieht: Für die Gesellschaft ist keine Rettung mehr möglich.

•

* **C.-T.-Lichtspiele, Ulrichstraße.** Das erste Programm nach der Wiedereröffnung des renovierten Theaters hätte ein besseres sein können. Zweifellos wollte die Direktion mit dem Hauptfilm des Spielplans „Künstlerliebe", ein Film-Singspiel in sechs Akten, den Besuchern etwas Besonderes darbieten. Dennoch muß gesagt werden, daß dieser Film das Publikum im höchsten Maße langweilt. Würden die Bilder auf der weißen Wand nicht des öfteren von guten gesanglichen Darbietungen ausgefüllt, könnte man nur mit Mühe ein Gähnen unterdrücken. Eine willkommene Abwechslung bringt „Brownie als Kinderfreund", ein Lustspiel in zwei Akten, in welchem ein äußerst gut dressierter Hund die Hauptrolle spielt. Die Trianon-Auslandswoche zeigt uns unter anderem Bilder vom Schlachtfeld in Marokko. Sowohl aus dem Lager der Riffkabylen, als auch aus dem der französischen Kolonialtruppen werden gut gelungene Aufnahmen gezeigt. Der Marokkofeldzug der französischen Kapitalisten ist hier aus nächster Nähe aufgenommen und wird im Theater, eben wegen seiner Abscheulichkeiten, zur Sensation. Ebenfalls wird der Völkerbund in seiner ganzen „Macht" und „Herrlichkeit" durch Aufnahmen von den Manövern der französischen Kriegsflotte illustriert. Wir können wegen dieser Bilder jedem Pazifisten und jedem Arbeiter den Besuch des Kinos empfehlen. Der Pazifist wird das Kino nachdenklich verlassen und vielleicht noch einsehen, daß Völkerbund, Pazifismus und alles Geschrei „Nie wieder Krieg!" nichts als Illusionen und es so lange bleiben werden, als eben der Weltkapitalismus keine Illusion, sondern Tatsache ist. Der Arbeiter geht mit dem Bewußtsein aus dem Kino, daß seine Liebknechts Parole „Krieg dem Kriege!", die richtige ist, unter der in Zukunft kapitalistischer Wollenmordt unmöglich gemacht wird. Tz.

•

* **J. F. Coopers Gestalten im hallischen Zoo.** Der Besucher der Wild-West-Schau, die augenblicklich im Zoo ihr Domizil aufgeschlagen hat, wird durch die Darbietungen derselben an die Erzählungen Coopers erinnert. The Cowboys and Girls, der alte Trapper wie der letzte der Mohikaner, alle diese Cooperschen Gestalten, die der Europäer nur aus Büchern kennt, zeigen sich hier in ihren Künsten und Fertigkeiten, die sehenswert sind. Die Sicherheit der Lasswerfer, die Reiter und Pferd in der schwierigsten Lage durch schwirrende Schlingen einfangen, ist fabelhaft. Die Leistungen der Indianer (die übrigens echt sind) im Messerwerfen und Bogenschießen sind ebenfalls interessant und sehenswert. Zum Schluß führt die Schau eine Pantomime vor, die ein Stück aus Coopers oder Gerstäckers Erzählungen ist und zeigt, wie im Wilden Westen Amerikas Pferde gestohlen werden und wie berattige Diebe bestraft werden — — wenn man ihrer habhaft wird. Tz.

Neue Arbeiter-Literatur

Von Hindenburg zu Hindenburg

Die unter diesem Titel vor kurzem in unserem Blatt besprochene Broschüre kostet nicht, wie in der Besprechung angegeben, 20, sondern **25 Pf.** Die Broschüre ist in den Buchhandlungen und Literaturvertriebsstellen unseres Bezirks erhältlich.

•

Wochenausgabe Nr. 32 der „Internationalen Pressekorrespondenz"

vom 8. August ist soeben erschienen. Sie ist mit den Beilagen 108 Seiten stark und enthält reiches Material.

Remmele schreibt über die politische Situation in Deutschland, Dimitroff in Bulgarien, B. E. in Polen, Radek und Tschen-han-Sun über die Entwicklung in China.

Bland beleuchtet den außerordentlichen britischen Gewerkschaftskongreß, Andrejew die gewerkschaftliche Arbeit in der Sowjetunion, Ketzlik die internationale Konferenz der chemischen Arbeiter.

Zum 30. Todestag von Engels liegt unter anderen Veröffentlichungen (Mehring, Lenin), ein Artikel von Duncker vor.

Stalin schreibt über brennende Fragen der KJ., Bucharin setzt seinen Anti-Kautsky fort.

Dazu zahlreiche Berichte über die Arbeiterdelegationen in der Sowjetunion, über politische und gewerkschaftliche Tagesfragen, Aufrufe, Buchbesprechungen usw.

Der Wochenausgabe liegen zwei Sondernummern bei:

Nr. 117: „Jeder Betrieb sei unsere Burg!" mit zahlreichen Artikeln und Berichten von Pianisten und anderen über politische und organisatorische Zellenerfahrungen, die Aufgaben der Betriebszellen und allgemeine Organisationsfragen.

Nr. 118: „Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im zweiten Vierteljahr 1925 (abgeschlossen am 29. Juli 1925)." Von Varga.

Volksbühne. Außer den 20 regelmäßigen Schauspiel- und Opernaufführungen im Stadttheater wird im Thaliatheater eine Kammerspielgemeinde eingerichtet. Auf Aufführung sind fünf Werke vorgesehen: Ibsen: Rosmersholm; Gogol: Der Revisor; Moreto: Donna Diana; Fulda: Jugendfreunde und ein noch zu bestimmendes Werk. Anmeldungen auf die Kammerspiele (Fünf Werke 5 Mk. oder fünf Karten zu 4 Mk.) werden in der Geschäftsstelle, Bruderstraße 14, jetzt entgegengenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250811-11/fragment/page=0006

muß. — Diese vierzehnstündige Dienstzeit ist bei der Reichsbahn nichts außergewöhnliches.

Vor dem Jahre 1913 betrug der Dienst für das technische Personal bei der Reichsbahn, insbesondere für Lokomotivführer und Heizer, monatlich 300 Stunden. Im Oktober 1913 wurde die Zahl auf 270 Stunden reduziert. In diesen Dienststunden waren die notwendigen Pausen mitenthalten. Nur wenn das Personal auf einer fremden Station über sechs Stunden mit Bettruhe pausieren konnte, wurde diese Pause von der Dienstzeit abgerechnet. Seit dem vergangenen Jahr, d. h. seit die Reichsbahn eine Privatgesellschaft geworden ist, sind neue Dienstvorschriften für das Führerpersonal eingeführt worden. Man unterscheidet zwischen strengem und weniger strengem Dienst. Bei strengem Dienst sind 208 Stunden „reine" Arbeitszeit monatlich vorgeschrieben, bei weniger strengem Dienst 234 Stunden reine Arbeitszeit, bei leichtem Dienst 260 Stunden reine Arbeitszeit. Unter „reiner" Arbeitszeit wird die Fahrzeit auf der Lokomotive, abzüglich aller Aufenthaltspausen, einschließlich einer Fahrtvorbereitung von 40 Minuten und eines Abschlußdienstes von 30 bis 50 Minuten verstanden. Wenn man menschlich rechnet und als Arbeitsanfang den Zeitpunkt bezeichnet, an dem der Führer seine Arbeitsstätte betritt resp. wieder verläßt, so muß man ohne Umschweife zugeben, daß die Dienstzeit **300 Stunden im Monat noch übersteigt, also schärfer ist als in den Jahren von 1913.**

Der Dienst des übrigen technischen Personals ist nicht minder scharf. Bei der Reichsbahn besteht der neunstündige Arbeitstag, aber als Arbeitszeit wird z. B. auf dem Stellwerk nur die mit der Stoppuhr festgestellte physische Arbeitsleistung gerechnet. Auf neun Stunden Stellwerkdienst kommen auf diese Weise etwa fünf Stunden Arbeitszeit. Um eine neunstündige Arbeitszeit zu erreichen, muß die Dienstschicht vier Stunden länger sein, so daß also in Wirklichkeit eine Dienstzeit von 13 Stunden herauskommt. Für die großen Stellwerke auf Hauptbahnhöfen mit intensivstem Verkehr besteht ein dreifacher Schichtwechsel in achtstündigem Turnus."

Die demokratische Zeitung, die ja der Privatbewirtschaftung der Bahn zugestimmt hat durch ihr Eintreten für das Sachverständigengutachten muß auch noch weitere Folgen buchen. **Nämlich, daß die Eisenbahner, wenn sie auf Grund ihres anstrengenden Dienstes vorzeitig arbeitsunfähig werden oder durch Krankheit ihre Leistung herabmindern, einfach aufs Straßenpflaster geworfen werden.** Das „B. T." veröffentlicht als Beweis für diese Ungeheuerlichkeit ein Rundschreiben der Reichsbahndirektion Osten, in dem es heißt:

„Der Krankenstand bei den Beamten ist zurzeit ein bedeutend höherer als in den Jahren vor 1914. Im Interesse der Wirtschaftlichkeit der Reichsbahn-Gesellschaft ist es dringend notwendig, den augenblicklich hohen Krankenstand sobald als möglich wieder herabzumindern. Beamte, die häufig krank und infolge ihrer Krankheit häufiger und längere Zeit dienstunfähig sind, haben für die Reichsbahnverwaltung nur einen geringen Leistungswert. Diese Beamten müssen abgebaut werden."

Da kann sich selbst die bürgerliche Zeitung nicht enthalten, auszurufen: **„Es hat den Anschein, als ob sie es seien, die unter der privatwirtschaftlichen Politik der Reichsbahn am meisten zu leiden haben."**

Dieser Kurs bei der Reichsbahn ist übrigens typisch für den Weg, den das gesamte Unternehmertum gegen die Arbeiter und Angestellten einschlägt. Möglichst viel nichtstuende Aufpasser, die zu bezahlen recht viel koste, möglichst viel Schikane durch diese Leute mit den Feldwebelmanieren und möglichst viel Ausbeutung gegenüber den wirklich Arbeitenden.

Hier müssen die Arbeiter, die täglich zu ihrer Frontstätte fahren, das wahre Solidaritätsgefühl zu denen bekommen, die ein von Deutschnationalen bis Sozialdemokraten unterschriebener Vertrag auch aufs schlimmste ausbeutet.

Hier muß der gemeinsame Kampf einsetzen!

Die Auszahlung der Zusatzrente für Kriegshinterbliebene

für den Monat August erfolgt gegen Vorzeigung der Ausweiskarten beim städtischen Jugendamt an folgenden drei Tagen:

Für die Buchstaben A bis H am Freitag, dem 14. August,
für die Buchstaben G bis Q am Sonnabend, dem 15. August,
für die Buchstaben R bis Z am Montag, dem 17. August.

Die Auszahlung für die Buchstaben A, B, C, D, M, S, Sch und St. erfolgt in der Kasse des Jugendamtes, Zimmer 130, während die Auszahlung für die anderen Buchstaben Rathausstraße 6, Zimmer 11, erfolgt.

Die Einhaltung der festgesetzten Tage ist unbedingt erforderlich und können vorzeitige Auszahlungen grundsätzlich nicht erfolgen.

Die Auszahlung der Zusatzrente an die empfangsberechtigten Kriegsbeschädigten findet für die Buchstaben A bis K am Freitag, dem 14. August, und für die Buchstaben L bis Z am Sonnabend, dem 15. August, beim Fürsorgeamt, Zimmer 14, statt.

* **Nach ministerieller Vorschrift** müssen vom 1. August 1925 an von jedem in einem gewerblichen Betrieb vorgekommenen Unfall zwei Anzeigen (auf dem bekannten gelben Vordruck) der Ortspolizeibehörde eingereicht werden.

Hallische Tageschronik

Kinderleiche gefunden

Am 6. August 1925 gegen 5 Uhr nachmittags wurde beim Reinigen des Leuna-Zuges 839, der nachmittags um 3 Uhr in Halle eingelaufen ist, auf dem Gepäckbrett eines Personenwagens ein verschnürter Karton vorgefunden, in dem sich die Leiche eines neugeborenen Kindes, das sich etwa acht Tage darin befunden haben mag, vorgefunden.

Die Leiche war in eine weiße Schürze, in einem schwarzen Oberrock und in ein Sommerkleid, das rot, blau, schwarz und grün durchwirkt ist, eingewickelt. Das Sommerkleid hat ganz kurze Ärmel und ist am Halsausschnitt rot eingefaßt. Irgendwelche Zeichen befinden sich nicht in den Kleidungsstücken; auch trägt der Karton keine Aufschrift. Ob das Kind gelebt hat, muß die Obduktion ergeben.

Mißglückter Selbstmordversuch

Am 8. August gegen 9.10 Uhr vormittags versuchte eine des Schwimmens kundige 17jährige weibliche Person an der ehemalige Flora-Badeanstalt sich durch Ertränken in der Saale das Leben zu nehmen. Sie wurde durch einen Schwimmeister gerettet und der Polizeiwache zugeführt, von wo sie durch ihren Vater abgeholt wurde. Der angebliche Grund zu dem Selbstmordversuch sollen Vorhaltungen sein, welche der Vater seiner Tochter wegen Umhertreibens gemacht hatte.

*

* **Proletarische Tribüne.** Am Mittwoch müssen sich alle Mitglieder unbedingt pünktlich 8 Uhr im „Volkspark" einfinden, da noch Vorbereitungen für einen Unterhaltungsabend der IAH., dessen Einnahme den ausgesperrten und streikenden Arbeitern zugute kommt, getroffen werden müssen.

* **„Volkspark". Sommerkonzert.** Es wird nochmals auf das heute abend ½8 Uhr stattfindende 15. Sommer-Konzert aufmerksam gemacht. Ein ausgewähltes Programm wird zum Vortrag kommen.

* **TV. „Die Naturfreunde".** Alle KJ.- und KPD.-Genossen, die im Touristenverein „Die Naturfreunde" organisiert sind, treffen sich heute abend 8 Uhr im Landheim der Proletarischen Kulturvereinigung, alter Flugplatz. Beteiligung am Sprechchor zur Kundgebung am 28. August im „Volkspark" Krieg dem Kriege.

Aus der Jugendbewegung

Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Halle

Dienstag, den 11. August, nachmittags ½6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft gemeinsamer Gruppenabend. Alle Mitglieder müssen sich an dieser Veranstaltung beteiligen.

2. und 3. Bezirk (Freiimfelder-, Johannes-, Alte Volksschule, Hutten- und Lutherschule) Mittwoch ½6 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft.

5. Bezirk (Giebichenstein- und Trotha-Schule) Mittwoch ½6 Uhr im „Volkspark".

Jeder Genosse und jede Genossin haben die Pflicht, zu den Veranstaltungen zu erscheinen.

Dölau

China-Versammlung. Hier fand am Freitag, dem 7. August, eine China- und Antikriegskundgebung statt. Mit Musik und großem Jubel wurde der chinesische Genosse am Bahnhof empfangen. Die erschienenen Frontkämpfer formierten sich zu einem geschlossenen Zuge und veranstalteten somit gleich eine Demonstration durch den Ort Dölau. Schon lange vor Begin der Versammlung war der Saal überfüllt. Genosse Höcker von der IAH. **leitete die Kundgebung und erteilte** zunächst dem chinesischen Genossen zu einer kurzen **Begrüßungsansprache das Wort. Nachdem sprach die Genossin Frieda Lehmann als Parteivertreterin.** Genossin Lehmann ging in ihrem halbstündigen Referat auf die gesamte politische Lage außerhalb sowie innerhalb des Reiches ein und forderte hauptsächlich die Arbeiterschaft auf, mit den kämpfenden Chinesen sowie den Rifkabylen Solidarität zu üben. Hiernach wurde ein Fackelzug veranstaltet, an dem die gesamte Versammlung geschlossen teilnahm. Ein geschlossenes Ganzes marschierte der Zug mit unzähligen brennenden Fackeln durch den Ort. Nach Beendigung des Fackelzuges kehrten die Versammlungsteilnehmer wieder in den Saal zurück, und es konnte festgestellt werden, daß jetzt noch weit mehr Personen anwesend waren. Sodann bekam der chinesische Genosse zu seinem eigentlichen Referat, welches er in seiner Muttersprache hielt, das Wort. Genosse Höcker gab eine Uebersetzung der Ausführungen und schilderte hierbei die Entwicklung des jetzigen chinesischen Freiheitskampfes. Die Ausführungen des Genossen aus China wurden mit großer Begeisterung aufgenommen. Sodann sprach der Genosse Willi als Vertreter der revolutionären Jugend. Er ging im besonderen auf die elende Lage dere Jugend ein. Dabei betonte er, daß bei einem kommenden Kriege die jetzige Jugend wieder als Kanonenfutter mißbraucht werden soll. Die Sozialdemokratie wird genau wie am 4. August 1914 wieder für den Krieg stimmen, trotz ihres Geschreies: Nie wieder Krieg! Es ist Pflicht aller revolutionären Arbeiter, Erwachsenen sowie Jugendlichen, dem imperialistischen Krieg den Bürgerkrieg entgegenzusetzen. Im Anschluß daran sprach eine Jugendgenossin eine Rezitation „Krieg dem Kriege". Zum Schluß richtete Genosse Kähne **noch einige ermahnende Worte an die Anwesenden und forderte sie auf, sich aktiver in die Reihen des kämpfenden Proletariats zu stellen. Die China- und Antikriegskundgebung** in Dölau war ein voller Erfolg. Den 700 erschienenen Arbeitern und Arbeiterinnen wurde eindeutig zum Bewußtsein gebracht, was sie jetzt zu tun haben. An die Dölauer arbeitende Bevölkerung ergeht nochmals der Ruf, sich aktiv in die rote Klassenfront einzureihen und mitzuhelfen, daß auch für das deutsche Proletariat die Macht der Arbeiter errichtet werde!

Ammendorf

Ein betrunkener Ordnungshüter. „Ueberfall und kein Ende" schrieben am Sonnabend die „Hallischen Nachrichten" unter Ammendorf, um nochmals zu beweisen, daß in Ammendorf noch nicht genug Polizei ist. Man muß dabei bedenken, daß alle Schwindelnachrichten über die roten Frontkämpfer in Nichts zusammenbrechen. Von Ueberfällen der Polizei auf Arbeiter werden diese Blätter nicht berichten, darum müssen wir dieses nachholen. Als am Freitagabend zwei Frontkämpfer aus ihrer Mitgliederversammlung auf dem Heimweg von einem betrunkenen Landjäger brutal überfallen wurden, war keine Schutzpolizei da, die diesen Ordnungshüter in Schutzhaft nahm, um einen Zusammenstoß zu verhindern. Soll man hier annehmen, daß das Rollkommando, welches sich die größte Mühe gibt, in Ammendorf Arbeit zu bekommen, einverstanden ist, wenn betrunkene Landjäger wehrlose Leute überfallen und mit Erschießen drohen? Der Landjäger glaubt vielleicht, daß er unsere Kameraden einschüchtern kann durch Worte wie: Er wolle in seinem Bezirk Ordnung schaffen und Lausejungens hätten im Frontkämpfer-Bund nichts zu suchen. Wir stellen fest, daß Besoffene in der Polizei schon lange nichts zu suchen haben, zumal, wenn sie sagen, daß Spitzbuben ihre Freunde seien. Unser Kamerad wurde von diesem Betrunkenen, nachdem der ältere Kamerad zu Hause angekommen war und er allein war, mit dem Gummiknüppel geschlagen. In Zukunft werden wir auch mit diesen Leuten ein anderes Wörtchen sprechen und weisen schon heute darauf hin, daß, wenn uns noch einmal so ein Betrunkener belästigt, wir ihn auf frischer Tat so behandeln werden, wie wir es für angebracht halten.

Neues aus aller Welt

Der Nacht-D-Zug München—Berlin verunglückt

(TU.) **Nürnberg,** 10. August. Der am Sonnabend um ½8 Uhr von München abgelassene D-Zug 115 ist auf der Strecke Regensburg—Hof zwischen den Stationen Wernburg—Lude in der Nähe von Weiden auf einen Güterzug aufgefahren. Der Anprall des D-Zuges, der zumeist mit Ferienreisenden besetzt war, war so stark, daß 20 Güterwagen aus den Schienen sprangen und umfielen. Die Lokomotive des D-Zuges sprang aus den Schienen. Eine Anzahl Wagen legte sich zur Seite und schlug um. Unter den Insassen entstand eine Panik. Es wurden zwei Personen getötet, zwei schwer und elf leichter verletzt. Die Verletzten wurden in das Krankenhaus nach Weiden gebracht. Die Leichtverletzten konnten wieder entlassen werden. Von Hof aus wurden Ersatzzüge eingesetzt. Der Betrieb wurde eingleisig aufrechterhalten. Man darf wohl mit Recht vermuten, daß auch dieses Unglück nur durch den permanenten und systematischen Abbau von Eisenbahnbeamten und -Arbeitern verursacht wurde. Aus Weiden wird hierzu noch gemeldet: Die Zahl der bei dem Eisenbahnunglück bei Luhe Verletzten wird auf 13 angegeben. Einer der beiden Toten ist der Lokomotivheizer Sperl aus Schwandorf, der sich außerdienstlich im Zuge befand, der andere Tote ist ein Versicherungsinspektor Jänecke aus Potsdam. Von den Verletzten befinden sich die Eisenbahnbeamten Anton Schuster und Otto Piel im Krankenhaus in Weiden. Sieben aus Norddeutschland stammende leichter Verletzte haben ihre Reise bereits fortgesetzt. Ihre Namen sind nicht bekannt geworden. Der Lokomotivführer des D-Zuges behauptet, das Haltesignal infolge Nebels nicht gesehen zu haben. Der Lokomotivführer des Güterzuges hatte den D-Zug herankommen sehen und Volldampf gegeben, doch war der Zusammenstoß nicht mehr zu vermeiden. Ob der Lokomotivführer das gegebene Notsignal gesehen hat, steht noch nicht fest.

Arbeiter-Sport

Viktoria 1. gegen Lettin 1. 4 : 3

Dem Schiedsrichter Schmidke (Viktoria) stellten sich beide Mannschaften in stärkster Besetzung. Da die Mannschaften augenblicklich in Höchstform sind, war von vornherein guter Sport gesichert. Bei der völligen Gleichwertigkeit der Gegner wogte das Spiel auf und ab ohne eine Ueberlegenheit einer Partei zutage treten zu lassen. Den Hauptkampf des Tages lieferten sich unstreitig die beiderseitigen Stürmerreihen mit den jeweiligen gegnerischen Läufern. Hier waren es besonders wieder die Außenhafs, die sich mit „liebevoller Anhänglichkeit" der Flügelstürmer annahmen. Und doch verstanden es beide Stürmerreihen, noch Erfolge herauszuarbeiten. Beide Torhüter hätten je ein Tor verhindern können. Das Resultat konnte aber auch höher ausfallen, denn Chancen wurden hüben und drüben im gleichen Verhältnis ausgelassen. Alles in allem war es ein Spiel, womit sich beide Vereinsleitungen sehen lassen können. Ein weiteres Zeichen, daß es vorwärts geht im Arbeitersport. Der Schiedsrichter leitete umsichtig und korrekt, sein Amt wurde ihm weder von Spieler- noch Zuschauerseite aus schwer gemacht.

Viktoria 2. gegen Kröllwitz 2. 2 : 2

Auch hier lieferten sich beide Mannschaften einen harten Kampf bei völliger Gleichwertigkeit. Hervorzuheben sind hier die beiden Hintermannschaften, welche manche heikle Sache klärten. Schiedsrichter korrekt, aber etwas zu weich.

Germania-Felsenfest. Heute, Dienstag, 6.45 Uhr, Arbeitsausschuß-Sitzung.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Abenteuer einer Dame

26 Von Marietta Schaginian

Ins Zimmer trat Raitschkas Bruder, ein magerer, großer Mann mit Zwicker und einem blassen, starren, pickelbedeckten Gesicht. Er flüsterte Raitschka etwas ins Ohr. Sie streckte ihre Hand aus, nahm Papier und Kopierstift und begann zu schreiben. Dann reichte sie mir das Blatt, nachdem sie es in der Mitte zerknittert hatte.

„Alexandra Nikolajewna, schreiben Sie!"

„Was soll ich denn schreiben?"

„Schreiben Sie folgendes: Quittung. Ich habe für das Aufräumen der Schule und das Aufwischen der Fußböden fünfzehntausend Rubel erhalten. Für die des Schreibens unkundige Reinemachefrau Neonila Babikowa von Alexandra Sworykina unterschrieben."

„Wozu brauchen Sie das?"

„Eine einfache Formalität," sagte der Mann mit heiserer Stimme, nahm das Papier und ging hinaus. Raitschkas Mutter zeigte alle Anzeichen von Unruhe:

„Hättet Ihr doch wenigstens einen andern Namen ausgedacht! Ausgerechnet Neonila müßt Ihr hinschreiben; sollte, Gott behüte, eine Revision stattfinden und man wird nach der Neonila fragen, dann könnt Ihr um keinen Preis der Welt eine solche auftreiben. Was Ihr zwei nur für Phantasien ausheckt."

„Mütterchen, misch Du Dich nicht ein. Sehen Sie, Alexandra Nikolajewna, mein Bruder muß jetzt eine Abrechnung geben. Wieviel Mühe hat er sich mit dieser Schule gegeben! Die Nerven hat er sich ruiniert, hat aber keinen Nutzen davon gehabt. Sie hätten die unteren Beamten der Gouvernementsabteilung für Fortbildung einmal sehen sollen! Die reichen keine Quittung ein, die nicht gefälscht wäre."

„Aber trotzdem — dieser ausgefallene Name!"

„Gerade das wirkt glaubwürdig. Sprich doch nicht von Dingen, die Du nicht verstehst."

Aus sonderbarer Neugier, dem Gefühl ähnlich, mit dem man eine Straßenkatastrophe, irgendeinen Hauseinsturz oder einen Autounfall beobachtet, ging ich nicht nach Hause, sondern blieb sitzen und beobachtete diese Umgebung. Freundinnen und junge Männer kamen zu Raitschka. Sie alle dienten irgendwo, wandten im Gespräch abgekürzte sowjetistische Namen und Redewendungen an, die kein Uneingeweihter verstand. Alle schienen heute erst zur Welt gekommen zu sein: Es gab für sie weder ein Gestern noch ein Morgen; sie kannten nichts weiter als den Vorteil des heutigen Tages. Besinnungslose Räuber, die ihre eigene Sache zerstörten: Der eine richtete eine Schule zugrunde, ein anderer fraß einer Speisehalle alles weg, ein Dritter verkaufte die Fußböden seines eigenen Hauses als Brennholz, nur weil dieses Haus kommunalisiert wurde . . .

Als ich zwei Stunden dagesessen hatte, verabschiedete ich mich und ging. Ich war seit meiner Kindheit romantisch veranlagt, und mein Herz glühte in einem süßen, starken Mitleidsgefühl. Gegenstand dieses Mitleids waren die Menschen in der Art Bessmenows, die glaubten, die Welt verändern zu können. Ich sah sie vor mir, umringt von einer Menge Verrätern, Dieben und Gaunern. Es drängte mich, tätig einzugreifen, die Verbrecher zu überführen, den Helden zu helfen. Die zwei Stunden bei Raitschka vermochten mehr als das zweimonatige Wohnen unter einem Dach, mich überkam das leidenschaftliche Verlangen, den Genossen Besmenow zu sehen, ihn in seinen von mir ausgedachten Bedrängnissen zutrösten.

Es war ein kalter, aber klarer Tag. Ich ging so hastig, daß ich ganz außer Atem kam, und blieb vor der Treppe stehen, die Hand an das Herz gedrückt. Vor der Einfahrt stand ein Auto. Die Portierfrau rief mir mit lauter Stimme zu, daß man zweimal nach mir am Telephon gefragt habe. Oben sah ich Wassilij Petrowitsch, der aufgeregt mit seinem Holzbein auf den Boden schlug. Er lief mir entgegen:

„Endlich, endlich! Wohin sind Sie denn auf einmal verschwunden? Essen Sie schnell und fahren Sie los!"

„Aber wohin denn?"

„Wohin? Haben Sie denn meinen Zettel nicht erhalten? Der Teuf . . .! Ich habe ihn also nach einer falschen Adresse geschickt! Sie sollen an Stelle des Sekretärs ein Protokoll aufnehmen. In Tschernosamy hat man einen Laden mit Lebensmitteln geplündert und den Leiter getötet. Dort ist es schon seit langem nicht mehr ruhig. Die Unsern fahren hin, um Gericht zu halten. Beeilen Sie sich!"

Noch nie war mir eine Einladung so gelegen gekommen. Als hätte ich so etwas schon auf der Straße geahnt!

Ich lief ins Zimmer, aß im Stehen die kalte Suppe, wickelte das Brot und die Bonbons in ein Papier und nahm in seltsamer Laune einen blauen, leichten Schal, der am Nagel hing. Er war gar nicht saisonmäßig. Ich mußte sicher in ihm frieren. Doch er stand mir gut, und ich band ihn um den Kopf an Stelle des gewöhnlichen, von mir selbst angefertigten Hutes.

Auf der Treppe verlangsamte ich meine Schritte. Wer mochte wohl mitkommen? Neben dem Chauffeur saß ein Rotarmist. Auf dem Vordersitz nahm der Bucklige Platz, den Rücken mir, das Gesicht seinem Nachbar, einem riesengroßen Mann in Militäruniform, zugewandt. Die beiden vertieften sich in ein Gespräch; ihre Gestalten wirkten nebeneinander sehr spaßig. Vor ihnen saß zurückgelehnt ein geckenhafter Mann, den ich vom Sehen her schon kannte und wegen seiner Gewohnheit, sehr langsam Fragen zu stellen, ohne die Pfeife aus dem Munde zu nehmen, nicht liebte. Es blieb nur noch ein freier Platz übrig . . . Meine Aufregung legte sich sofort. Ohne mir selber zu gestehen, daß meine Freude an dieser Reise verdorben war, erinnerte ich mich, daß ich Papier und Bleistifte vergessen hatte. Ich ging wieder hinauf, diesmal ganz langsam, tat alles Notwendige in eine Mappe und ging dann ohne Hast wieder hinunter. Die Autoinsassen begrüßten mich. Ich nahm den freien Platz. Der Chauffeur sah sich nach uns um, drückte auf die Bremse, und das Auto begann zu zittern.

Ich kannte keinen der Insassen. Weder der Bucklige noch der geckenhafte Mann grüßte mich, wenn wir uns begegneten. Den großen Mann mit dem Helm sah ich zum erstenmal. Wäre nicht ihre völlige Gleichgültigkeit gegen mich gewesen, als eine Person, deren Anwesenheit selbstverständlich war, dann hätte ich geglaubt, daß ich irrtümlich hierhergeraten sei. Plötzlich fragte mich einer:

„Haben Sie auch das Siegel mitgenommen?"

Ich machte einer ärgerliche Bemerkung und wollte schon wieder aussteigen. Da kam aber bereits Wassilij Petrowitsch die Treppe heruntergelaufen, das Siegel und einige unbeschriebene Formulare in der Hand. Er warf sie mir auf den Schoß, unser Automobil machte eine schroffe Wendung und bog in die Vorstadtstraße ein. Das war eine lange Chaussee, die als Diagonale die ganze Stadt durchschnitt. Wir fuhren mit unheimlicher Schnelligkeit. Der Wind, das Heulen der Hupe, der Staub, den das Auto aufwirbelte, die Dunkelheit, die sich herabsenkte, das alles zog uns in seinen Bannkreis und ließ unsere Nerven vibrieren.

Das Gespräch, das man vor mir geführt hatte, wurde fortgesetzt. Man sprach von dem Mord und der Plünderung des Ladens. Der Bucklige griff die Bodenabteilungen an, jede seiner Bemerkungen verletzte meinen geckenhaften Nachbar. Endlich nahm dieser gegen seine Gewohnheit die Pfeife aus dem Mund und sagte gereizt:

„Wenn wir uns geirrt haben, Genosse, so war unser Irrtum der, daß wir Ihre Direktiven überschätzt haben. Wir haben dort Männer aus der Zentralleitung und durchweg Parteiarbeiter hineingesetzt. Auf Ihr Verlangen haben wir den Genossen Kunins entfernt, der mit den lokalen Nöten vertraut ist und das Vertrauen der Bauern genießt."

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250811-11/fragment/page=0007

Friedrich Engels zum 30. Todestage

Von Paul Frölich

Die Geschichte kennt kein anderes Beispiel eines so wundervollen, dauernden Bundes zweier starker Persönlichkeiten, wie das von Marx und Engels. Und es war Engels, der diesem Bunde die größten Opfer brachte. Welche Größe liegt in jenem Entschluß, den er nach dem endgültigen Scheitern der Revolution von 1848 faßte, freiwillig einen wesentlichen Teil seiner eigenen umfassenden Fähigkeiten brach liegen zu lassen, die Last eines verhaßten Berufs auf sich zu nehmen, um dem größeren Freunde die Schaffensmöglichkeit zu geben! Welche Selbstverleugnung, diesen Entschluß drei Jahrzehnte lang durchzuhalten und ohne jedes Schwanken, mit einer bewunderungswürdigen und erhebenden Selbstverständlichkeit hinter dem anderen zurücktreten! Wenn Friedrich Engels Leistung abgeschätzt werden soll, dann muß seinem aktiven Wirken, seinen Schriften über die Lage der englischen Arbeiterklasse, über die Revolution und Konterrevolution in Deutschland, über den Staat, gegen Dühring usf., die zum Rüstzeug des revolutionären Proletariats gehören, seiner Tätigkeit im Kommunistenbund, in der deutschen Revolution, in der Internationale, seiner mittelbaren wissenschaftlichen Förderung der Marxschen Arbeiten — diesem allen muß jener Verzicht gleichgestellt werden, der das Lebenswerk von Karl Marx erst möglich gemacht hat.

Nach Marx' Tode (1883) war Friedrich Engels zwölf Jahre lang der Verwalter des Marxschen Erbes und der Berater aller sozialistischen Parteien. Das war gerade die Zeit, in der nach der Niederlage der Kommune die internationale Arbeiterbewegung wieder mächtig aufblühte. In Deutschland bestand die Sozialdemokratie den Kampf gegen das Bismarcksche Ausnahmegesetz. In Oesterreich bildete sich trotz schwerer Verfolgung eine Partei. In Frankreich und Italien entstanden marxistische Parteien. Ueberall ein mächtiges Vorwärtsschreiten und immer größere Erfolge. Aber es war eine Zeit von ganz anderem Charakter als jene Periode vom Vormärz bis zur Kommune. Jene Zeit von 1830 bis 1871 war die Zeit der bürgerlichen Revolutionen, in denen das Proletariat unter eigenem Banner kämpfte und die Hoffnung auf den unmittelbaren Uebergang von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution lebendig war. Mit der Sicherung der bürgerlichen Republik in Frankreich und der nationalen Einigung in Deutschland und Italien war diese Periode abgeschlossen. Es kam die üppige Entwicklung des Kapitalismus, die in die imperialistische Periode hineinführte, und die lange Vorbereitungszeit des Proletariats auf die eigene Revolution mit ihren reformistischen Gefahren.

Friedrich Engels hatte die besonderen Aufgaben der Arbeiterklasse in dieser Zeit wohl erkannt und nachdrücklich für ihr Verständnis gewirkt. Zu Marx' Lebzeiten und später trat er gegen den Bakunismus auf, korrigierte er den Ueberschwang der Blanquisten, wirkte er gegen die Sektiererei der amerikanischen Sozialisten und für ihre engere Verflechtung mit der amerikanischen Arbeiterbewegung (siehe Briefwechsel mit F. H. Sorge), und vor allem trat er ein für die Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten im Parlament, in den Gemeinden, in den Gewerkschaften usw. Gerade was diese Anpassung der Arbeiterbewegung an die „Gesetzlichkeit" anbelangt, so war er sich ihrer durch die Verhältnisse gegebenen relativen Bedeutung wohl bewußt und er sah sehr gut ihre Gefahren. Er, der alte Revolutionär, war weit entfernt, in der Gesetzlichkeit alles Heil zu suchen, er predigte vielmehr ihre Ausnutzung, um sie überwinden zu können; seine historische Perspektive war immer revolutionär. Aber das hat ihn nicht vor Mißdeutung seiner Lehren geschützt; und als nach seinem Tode der Reformismus zu einer bewußten Bewegung wurde, berief er sich zur Stütze seiner Auffassungen und seiner Praxis gerade auf Engels. Das ist so geblieben bis zum heutigen Tage und deshalb ist es eine wichtige Aufgabe, den Mißbrauch zu bekämpfen, der hier mit Engels Namen betrieben wird.

Die Reformisten hatten sehr wohl erkannt, daß der revolutionäre Charakter aller Marx'schen Lehren im historischen Materialismus begründet lag. Aus der Erkenntnis heraus, daß die materiellen Lebensbedingungen die Grundlage des politischen und geistigen Ueberbaus der Gesellschaft bilden, hatte sich der Klassenkampf als Träger des geschichtlichen Prozesses, die Revolution als unvermeidliche Notwendigkeit ergeben. Der Reformismus konnte als bewußte Auffassung nur existieren, wenn das Wesen des Klassenkampfes verdeckt und die Revolution als Utopie und Gefahr hingestellt werden konnte. Der historische Materialismus war der deutschen Philosophie, den Lehren der französischen Revolutionen und der englischen Oekonomie und Arbeiterbewegung entsprossen. Engels hatte aus seiner Kenntnis des englischen Kapitalismus wesentliches Baumaterial für diese Lehre beigebracht. Er hatte sie, wenn auch noch roh und unvollkommen, zuerst in seiner „Lage der englischen Arbeiterklasse" formuliert. Welch ein Erfolg, wenn jetzt der Meister selber an den Grundlagen dieser Lehre rüttelte! Bald nach Engels' Tode wurde von den Reformisten ein Brief veröffentlicht, den er an Dr. Konrad Schmidt geschrieben hatte. Darin hatte er gesagt, der historische Materialismus werde von den Schülern Marx' oft zu plump angewandt, man mache aus ihm eine Schablone, mit der man sich die notwendige Untersuchung der Tatsachen ersparen könne, und man vergesse, daß auch die politischen und geistigen Erscheinungen in der Gesellschaft auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zurückwirken, daß zwischen Wirtschaft, Staat, politischen, religiösen und anderen Erscheinungen, den Ergebnissen der Klassenkämpfe usw. eine ständige Wechselwirkung stattfinde. Wechselwirkung! Da hatte man das Wort, mit dem man den ganzen Bau der Lehre ins Wanken bringen konnte. Also waren die wirtschaftlichen Tatsachen nicht nur die Grundlage für den Ueberbau, sondern die politischen Tatsachen und die Auffassungen der Menschen wirkten auf die Entwicklung der Wirtschaft, sie hemmend und fördernd, zurück. War das richtig, was blieb dann noch bestehen von der Marxschen Lehre, wo war ihre Richtschnur geblieben? Eine unbestimmte, vieldeutige Auffassung blieb übrig, ein herrliches Werkzeug für den alles verschleiernden und vermanschenden Opportunismus.

Aber diese **Lehre von der Wechselwirkung** war gar nicht neu. In dieser sprach sich gerade die Marxsche Dialektik aus und alle Marxschen Geschichtswerke sind durchtränkt von diesem Gedanken. Das Wichtigste war nur, daß die materiellen Lebensbedingungen trotz aller Wechselwirkung doch das Bestimmende, und in letzter Instanz Wirkende blieben, das geistige Prozesse nicht wirksam, politische Tatsachen nicht Wirklichkeit werden konnten, unabhängig von dieser Grundlage. Ja, die letzten Konsequenzen der Marxschen Lehren beruhten gerade auf dieser Wechselwirkung. Marx selber hat als das eigentliche Wesen seiner Lehre die Erkenntnis bezeichnet, daß die Ueberwindung der kapitalistischen Produktionsweise nur möglich sei durch die Diktatur des Proletariats. Die Voraussetzung dieser Diktatur ist die gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte in der kapitalistischen Gesellschaft und die damit verbundene Herausbildung einer starken, zum Sieg befähigten Arbeiterklasse. Eine bestimmte Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist also die ursprüngliche Voraussetzung für die proletarische Diktatur. Aber wie die Bourgeoisie als herrschende Klasse durch politische Maßregeln die Entwicklung der Produktivkräfte nach ihren Klassenbedürfnissen fördert oder hemmt, wie auch alle möglichen politischen und geistigen Tatsachen auf die Bildung der revolutionären Arbeiterklasse einwirken, so ist die Diktatur des Proletariats selbst die stärkste Rückwirkung des „sozialen Ueberbaues" auf die ökonomische Basis. Denn diese Diktatur überführt doch gerade durch politische Maßregelungen das Privateigentum in Gemeineigentum und gibt damit der Entwicklung der Produktivkräfte neuen Raum und neue Richtung. Das Wort von der Wechselwirkung, weit entfernt, den Reformismus zu stützen, betonte gerade das revolutionäre Wesen der Marxschen Lehre.

Wie in dieser Frage der Grundauffassung, so hatten die Reformisten auch in den taktischen Fragen mit der Ausnutzung Engels als Schwurzeugen zwar großen Augenblickserfolg, aber grundsätzlich unrecht. Nur daß hier viel bewußter die **Fälschung von Engels Anschauungen** betrieben werden mußte. Da ist die Engelssche Schrift: „Die Bakunisten an der Arbeit" zur Rechtfertigung der verräterischen, konterrevolutionären Politik der Sozialdemokratie und zur Bekämpfung des Kommunismus mißbraucht worden. Kautsky sagt von dieser Schrift: „Der Bolschewismus wird dort in vielen Punkten vorausgeahnt, denn die Situation der spanischen Revolution bot manche Analogie zu der der heutigen Kommunisten." (Kautsky, Terrorismus und Kommunismus.) Worin bestanden denn diese „vielen Punkte" und „manche Analogien"? Kautsky verrät es nicht und man muß die Schrift selber zu Rate ziehen. Die spanische Revolution von 1873 bot den Bakunisten, die dort in der 1. Internationale das Uebergewicht hatten, die Gelegenheit, ihre Grundsätze zu erproben. Diese Grundsätze waren: Nichtanerkennung und Vernichtung des Staates überhaupt, Enthaltung von jeder politischen Aktion, Teilnahme nur an solcher Revolution, die unmittelbar zur Verwirklichung des Sozialismus führt, Verwerfung jeder „Autorität", d. h. jeder organisatorischen Disziplin in der Arbeiterklasse, Verwerfung des Zentralismus und Selbständigkeit aller Gruppen und Grüppchen. Engels weist nun an den Erfahrungen der Revolution von 1873 nach, daß die Bakunisten gezwungen waren, entweder ihre Grundsätze praktisch zu verleugnen, oder daß sie — soweit sie diese Grundsätze aufrechterhielten — die revolutionäre Bewegung schwer schädigten und ihr Scheitern zum mindesten beschleunigten. Bei den Wahlen, die an der Schwelle dieser Revolution standen, verhinderten die Bakunisten aus ihrem Vorurteil gegen die politische Aktion das selbständige Auftreten der Arbeiterklasse, sie unterstützten dafür die windigsten Bourgeoisrepublikaner. Sie traten gegen die Revolution auf, als sie aber losbrach, sahen sie sich gezwungen, „Wohlfahrtsausschüsse", also die verpönte revolutionärstaatliche Organisation zu schaffen. Freilich taten sie es ohne Entschlossenheit, und deshalb wurde ihr Geschöpf nur eine Karikatur der proletarischen Diktatur. Entschieden blieben sie bei der Verwerfung des Zentralismus. Die Folge war, daß die revolutionären Aktionen der Arbeiter nicht zusammengefaßt wurden, lokal blieben, daß jede lokale Organisation die anderen ihrem Schicksal überließ und daß sie damit alle nacheinander die leichte Beute der Gegenrevolution wurden. Das ist der Inhalt der Schrift von Engels, und es zeigt sich, daß Engels gerade die Anschauungen seiner Schrift zugrunde legte, die auch heute noch zu den wichtigsten Grundsätzen des Kommunismus gehören. Die Absicht Kautskys und seiner Nachplapperer war, den Anschein bei den Arbeitern zu erwecken, als habe Engels mit der Kritik einer verpfuschten Revolution jede revolutionäre Aktion verworfen. In Wirklichkeit enthält aber die Schrift gegen die Bakunisten gerade sehr wichtige Lehren für die proletarische Revolution. Aehnlich verhält es sich mit der Kritik, die Engels an den Blanquisten, den Gegenfüßlern der Bakunisten übte, eine Kritik, die von den Reformisten fälschlicherweise benutzt wurde, um mit den Fehlern des Blanquismus auch seine wertvollen Lehren zu verschütten und die Revolution als Blanquismus zu verdammen.

Die schamloseste Fälschung, die an Engels begangen wurde, ist bekanntlich erst vor Jahresfrist von Rjasanoff aufgedeckt worden. Es ist die Fälschung der berühmten Einleitung zu den „Klassenkämpfen in Frankreich". Nach dem wiederaufgefundenen Manuskript hat sich herausgestellt, daß Engels — weit entfernt einer blöden Nichts-als-Gesetzlichkeit das Wort zu reden, wie es nach der zusammengestrichenen „Einleitung" scheinen konnte — die Arbeiter darauf hinwies, daß sie die Revolution durchzuführen haben würden **von viel größerer Heftigkeit, mit viel gewaltigeren bewaffneten Kämpfen, als sie je eine bürgerliche Revolution gesehen hat.**

Die Anstrengungen der Reformisten sind umsonst. Sie machen aus Friedrich Engels, dem alten knorrigen Revolutionär, keinen Seichtbeutel und Opportunisten. Wie sie Marx verlassen haben, so verleugnen sie Engels gerade **dann**, wenn sie sich auf ihn berufen. Friedrich Engels gehört **uns, den Kommunisten.** Sein Erbe haben wir zu verwalten.

Sie vermissen Engels Geist

Bekenntnisse eines SPD.-Blattes

Das Leipziger SPD.-Organ, die „Leipziger Volkszeitung", bringt anläßlich der Wiederkehr des 30. Todestages von Friedrich Engels einen Artikel, aus dem so viel Verzweiflung über die völlig bankrotte Partei der Sozialdemokratie herausklingt, daß wir die wichtigsten Stellen zitieren möchten.

„Damals (1914) brach die Internationale rettungslos auseinander. Erst am gestrigen Tage **jährte zum elften Male der Sündenfall der deutschen Sozialdemokratie**, den sie mit ihrer Zustimmung zu den Kriegskrediten beging, und der sich im Laufe des folgenden Jahrzehntes **folgenschwer rächte.** Und schon wieder **dümmern Gefahren eines zweiten Weltkrieges** am Horizont herauf. Wer ist versucht, den geheimnisvollen Triebkräften der englischen Weltpolitik nachzuspüren, so wie das Karl Marx mit Unterstützung von Friedrich Engels in den Zeiten des Krimkrieges tat? Die Befriedung des Rheins, der Stresemannsche Sicherheitspakt sind ebenso wie **die Oststaatenpolitik Englands**, der Ausbau des Kriegshafens Singapore, die Chinapolitik nur kühne Schachzüge einer weltumfassenden Einkreisungspolitik des alten traditionellen britischen Gegners im Osten Europas und in Mittelasien. Das Gebot der Selbsterhaltung Indiens **zwingt England, die gesamte Welt in den Dienst seiner antirussischen Politik zu drängen. Wo aber sind in der gesamten sozialistischen Internationale jene Leute vom Ausmaße Engels' und Marx', die den Kampf gegen die Epigonen Palmerstons fortzuführen vermöchten?** Werden diese Zusammenhänge in Marseille irgendein Echo finden? Gedenkt das sozialistische Proletariat der Internationale dieser kommenden antirussischen Koalition im Weltausmaße entgegenzutreten?"

Die Antwort, die der Verfasser auf diese Frage gibt, ist ein **vernichtendes Urteil über die SPD. und die anderen sozialdemokratischen Parteien:**

„Leider **fehlen der sozialistischen Internationale weltumspannende Geister von der Universalität Friedrich Engels**, und **darum vermag** — um es bei dem vorstehenden Beispiel zu belassen — **der Nationalismus der Länderparteien mehr oder weniger stark in die Halme zu schießen.** Hier liegt das Kernproblem, in dem die nationalen Fäden in der Innenpolitik der sozialistischen Parteien zusammenlaufen. **Dem Gros der Sozialisten fehlt die Universalität des internationalen Denkens:**

Und weiter:

„Den sozialistischen Parteien fehlt der Geist des Marxismus, der ebensogut als Geist Friedrich Engels' bezeichnet werden darf. **Ihnen fehlt der Mut des unbeschränkten internationalen Wollens und Handelns, was durch die Innenpolitik der sozialistischen Parteien nicht nur in Deutschland, sondern auch in England und Frankreich wesentlich bedingt wird.** In der sozialistischen Partei Deutschlands wurde die **Ideologie dieser engsozialistischen Auffassung durch die Staatspolitiker** am schärfsten herausgearbeitet, und auf manchen Führer der deutschen Sozialdemokratie trifft das Wort Friedrich Engels im vollen Umfange zu:

„. . . Ich hoffe, daß die „Gebildeten" der Partei der Versuchung widerstehen können, den andern Parteien zu beweisen, daß sie keine Menschenfresser sind . . ."

Die „Leipziger Volkszeitung" spricht sich zum Schluß Mut zu, „der Bourgeoisie gegenüber als „Menschenfresser" zu gelten".

Umsonst, die SPD. als Partei ist verloren. Ihre Mitglieder werden den Weg zur KPD. finden, der einzigen Arbeiterpartei, die entschlossen und mutig die proletarische Klasse vertritt. Von der Sozialdemokratie aller Länder wird nichts als eine geschichtliche Erinnerung zurückbleiben.

Der Soldat der Revolution

Zum 25. Todestag von Wilhelm Liebknecht

(am 7. August 1900)

Von Hermann Duncker

Seit der politischen Demaskierung, wie sie in ihrer Schicksalsstunde am 4. August 1914, die deutsche Sozialdemokratie vorgenommen hatte, ist man vorsichtiger in der Beurteilung politischer Charaktere geworden. **Zu schwere Enttäuschungen** hat man erleben müssen, wenn da hinter trotzig wallenden Löwenmähnen und finsteren Jakobinergesichtern schließlich nur der verängstete deutsche Spießer zum Vorschein kam. Als alle — fast alle — untreu wurden, die Kautsky und Plechanoff, die Hänisch und Lensch usw., auf wen war da auch noch zu bauen!?

Und bei solch grenzenloser Verwirrung der Geister war es nicht mehr verwunderlich, daß selbst Marx, Engels, Liebknecht, Bebel und andere verstorbene Arbeiterführer aus ihren Gräbern gezerrt wurden als Kronzeugen für die Verpflichtung jedes wahren Sozialdemokraten, für die „Vaterlandsverteidigung", für den „gerechten Krieg" gegen Rußland der Kriegstrommel hurrabegeistert zu folgen. **Eine Leichenschändung, wie sie nicht zu überbieten war.** Man stelle sich vor: Marx und Engels Arm in Arm mit Noske und Scheidemann!

Und gerade bei **einem** von der alten Garde fühlen wir instinktiv, **daß er nimmermehr mitgemacht hätte. Das ist Wilhelm Liebknecht, der Soldat der Revolution,** wie er sich selbst einmal im Verlauf des Leipziger Hochverratsprozesses (1872) bezeichnet hatte. Nicht als ob er ein so absolut grundsatzfester Marxist gewesen wäre. Marx und Engels haben manches liebe Mal ihre Not mit dem alten revolutionären Freischärler und so leicht zu enthusiasmierenden Ideologischen Brausekopf gehabt. Der ehemalige großdeutsche Burschenschafter, der fanatische Bismarckhasser hätte vielleicht die **Form der „Republik"** späterhin für mehr genommen. **Vielleicht und sicherlich nur für einen Augenblick! Aber in den imperialistischen Weltkrieg hätte er sich nimmer schleifen lassen.**

Wilhelm Liebknecht ist es ja gewesen, der **schon** bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870, als noch die Illusion eines Verteidigungskrieges alle Gemüter beherrschte, die Kriegskredite rundweg ablehnen wollte und erst von Bebel mühsam überredet wurde, sich auf Stimmenthaltung zu beschränken. Bebel hat bekanntlich später in seinen Lebenserinnerungen **bedauert, daß** er nicht doch eine „schroffere Haltung" eingenommen und „direkt" gegen die Kredite gestimmt habe.

Wilhelm Liebknecht war neben Marx und Engels doch **das stärkste revolutionäre Temperament der deutschen Arbeiterbewegung,** ihnen reiht sich dann als Vierter Liebknechts Sohn Karl an. Am 29. März 1826 in Gießen geboren, war Wilhelm Liebknecht bei Ausbruch der 48er Revolution 22 Jahre alt. Schon als Student Sozialist und Revolutionär, kämpfte er 1848 als begeisterter Freischärler dafür, die Revolution weiterzutreiben, geriet in die verschiedensten Gefängnisse und mußte schließlich in die Schweiz flüchten. Dort machte er 1849 die Bekanntschaft mit dem sechs Jahre älteren **Friedrich Engels,** der ja auch aktiver Soldat der Revolution gewesen war. Von der Schweiz mit Zwangspaß nach London spediert, hat Liebknecht dort mehr als ein Jahrzehnt lang das harte Flüchtlingsbrot gegessen, aber er gewann dafür enge **Freundschaft mit Marx** und seinem Kreise. Ein Abglanz von jener „marxistischen Studienzeit" blieb ihm fürs Leben und seine **ihn gegen alle Versuchungen** eines geschäftstüchtigen Opportunismus und kleinbürgerlichen Reformismus.

1862 kehrte Liebknecht nach Deutschland zurück, wenige Jahre darauf gewann er Bebel für die Grundsätze der Internationalen Arbeiterassoziation. **Sie begründeten 1869 zu Eisenach die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei", die in heftigstem Kampf gegen den Lassalleschen „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein" die marxistische Linie für Deutschland zu ziehen suchte.** Liebknecht wurde Redakteur des Parteiorgans des „Volksstaat" und nach der Vereinigung mit den Lassallianern (1875) Redakteur des neuen Zentralorgans, des „Vorwärts".

Wir können hier nicht im einzelnen aufzählen, was Liebknecht in den schweren Zeit des Sozialistengesetzes dem deutschen Proletariat gewesen ist, was er im sächsischen Landtag und im Reichstag, denen er seit 1867 fast ununterbrochen angehört hat, geleistet hat. **Liebknecht hat sich nie zum reinen Parlamentarismus verführen lassen.** Er sprach schon 1869 offen aus, daß

„der Sozialismus den herrschenden Klassen gegenüber keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machtfrage ist, die in keinem Parlament, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfelde zu lösen ist, gleich jeder anderen Machtfrage."

Die schönste Ehrung seines ganzen Schaffens und seiner Persönlichkeit ist wohl Wilhelm Liebknecht zuteil geworden, als 1902 **Lenin** in seiner Broschüre „Was tun" den Unterschied zwischen einer abwegigen, reinökonomischen Politik und der allein richtigen, das politische Klassenbewußtsein der Arbeiter weckenden Politik nicht besser zu veranschaulichen wußte, als durch Vergleich der Tätigkeit eines englischen Gewerkschaftsführers mit dem Wirken Wilhelm Lebknechts. Er zeichnete ihn da als den Volkstribun,

„der es versteht, auf alle und jegliche Aeußerungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch stattfinden mögen, der es versteht, alle diese Aeußerungen zu einem Gesamtbild der Polizeiwillkür und kapitalistischen Ausbeutung zu vereinen, der es versteht, jede Kleinigkeit auszunutzen, um vor aller Welt seine sozialistischen Ueberzeugungen und seine demokratischen Forderungen auseinanderzusetzen, um jedermann die historische Weltbedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen."

Müssen wir da noch hinzufügen, daß Wilhelm Liebknecht in seinen letzten Lebensjahren die **Entwicklung des Revisionismus innerhalb seiner Partei mit größter Besorgnis verfolgt hat und daß er schärfster Bekämpfer der ersten Ansätze einer Koalitionspolitik gewesen ist!**

Sein Sohn Karl aber hat getan, was dem Vater zu tun nicht mehr vergönnt war.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250811-11/fragment/page=0008